



ifw Highlights 2006

Institut für Weltwirtschaft

Kiel Institute



Internet: www.ifw-kiel.de

Inhalt

IfW-Highlights	Das IfW im Überblick
Highlights aus der Forschung	Forschungs- und Projektbereiche
4 Globalisierung 2.0: Wie verändern sich die Einkommensunterschiede innerhalb von Ländern?	3 Unsere Mission • Das Präsidium
6 Macht Entwicklungshilfe schlau?	8 Forschungsbereich Internationaler Handel, Investitionen und Wachstum
9 Global mobil: Die deutsche Autoindustrie auf dem Weg in globale Netzwerke	13 Forschungsbereich Globalisierungswirkungen in hoch entwickelten Ländern
11 Schleswig-Holsteins Wirtschaft auf der Globalisierungswelle	16 Projektbereich Beyond Europe – externe Dimensionen der europäischen Integration
14 Der Nächste bitte! Wer folgt Europa auf dem Weg in die Währungsunion?	21 Forschungsbereich Reform der Wohlfahrtsgesellschaft
17 Einstellungsgutscheine effektiver als Kombilöhne	24 Forschungsbereich Armutsminderung, Verteilung und Entwicklung
19 Ostdeutschland in der Subventionsfalle	25 Forschungsbereich Klima und Energie
22 Reduziert Auswanderung die Armut in GUS-Staaten?	28 Projektbereich Instrumente der Umweltpolitik
26 Was kostet uns der Klimawandel?	33 Forschungsbereich Geldpolitik
29 Aktienbaisse und Geldnachfrage im Euroraum	34 Forschungsbereich Makroökonomische Stresstests
31 Nur Taten zählen? Die Auswirkungen von Zentralbankkündigungen auf die Finanzmärkte	35 Forschungsbereich Wissen, Ökonomische Geographie und Wachstum
	36 Projektbereich Globale Gesundheitsökonomie
	37 Projektbereich Reform der Governance von öffentlichen Leistungen
Veranstaltungs-Highlights	Zentren und Arbeitsgruppen
39 Verleihung des Weltwirtschaftlichen Preises 2006	38 Prognosen • Wirtschaftspolitik • Bildungsprogramme
41 Führende Köpfe der Weltwirtschaft	46 Advanced Studies in International Economic Policy Research • Fundraising • Fördermittel
43 Bernhard-Harms-Preisverleihung 2006	47 Public Relations • Printmedien • E-Journal-Projekt
44 Gerecht, effizient, wettbewerbsfähig: Ein Steuerkonzept für Deutschland Ein Diskussionsforum von IfW und PwC	48 IT-Dienste • IT-Strukturen • Web&Net
	49 Forschungsveranstaltungen • Alumni • Kiel Portal
	Organisation und Impressum
	50 Organisationsstruktur des Instituts für Weltwirtschaft
	51 Impressum

Editorial

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

ich freue mich, Ihnen die [IfW-Highlights 2006](#) präsentieren zu dürfen. Die einmal jährlich erscheinenden [IfW-Highlights](#) geben Ihnen einen Einblick in ausgewählte Forschungs-, Beratungs-, Ausbildungs- und Veranstaltungsaktivitäten unseres Instituts als großem Zentrum weltwirtschaftlicher Forschung und informieren Sie gleichzeitig über das Forschungsprogramm und die organisatorischen Strukturen des Instituts für Weltwirtschaft.



Die [IfW-Highlights](#) erheben nicht den Anspruch, vollständig über die Aktivitäten des Instituts für Weltwirtschaft zu berichten. Vielmehr möchten wir Ihnen ein buntes Kaleidoskop wirtschaftspolitisch relevanter Arbeiten aus dem IfW vorstellen – informativ und unterhaltsam.

Als öffentlich finanziertes Forschungsinstitut haben wir besonderen Wert darauf gelegt, die Beiträge für eine breite Öffentlichkeit verständlich zu gestalten. Zudem finden wissenschaftlich interessierte Leserinnen und Leser über die [IfW-Highlights](#) einen leichten Zugang zu weiterführenden und vertiefenden Veröffentlichungen und Informationen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn die Beiträge Ihr Interesse finden und wir Sie auch in Zukunft zum Leserkreis der [IfW-Highlights](#) zählen dürfen.

Herzlichst

Ihr

Dennis J. Snower

Das IfW im Überblick



Unsere Mission

Das IfW ist eines der großen Zentren

- *weltwirtschaftlicher* **Forschung**,
- *wirtschaftspolitischer* **Beratung** und
- *ökonomischer* **Ausbildung**.

Das Institut sieht seine Hauptaufgabe in der Erforschung innovativer Lösungsansätze für drängende weltwirtschaftliche Probleme. Auf Basis dieser Forschungsarbeiten berät es Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und informiert die interessierte Öffentlichkeit über wichtige wirtschaftspolitische Zusammenhänge.

Als Tor zur weltwirtschaftlichen Forschung pflegt es ein weit gespanntes Netzwerk aus nationalen und internationalen Experten, deren Forschungsarbeiten direkt oder indirekt in die Forschungs- und Beratungsaktivitäten des IfW einfließen.

Das IfW legt einen besonderen Schwerpunkt auf die ökonomische Aus- und Weiterbildung und kooperiert eng mit der ZBW, der größten wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Bibliothek der Welt.

Das Präsidium



Präsident

Prof. Dennis J. Snower, Ph.D.

Sekretariat

Jutta M. Arpe, Britta Thun, Bärbel Walter

Koordination

Dipl.-Kfm. Alessio J.G. Brown
Christian Merkl, M.A.

Vizepräsident

Prof. Dr. Rolf J. Langhammer

Sekretariat Sabine Hübener

Gleichstellungsbeauftragte

Nora Grabsch

Emeriti

Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Siebert
(Präsident, April 1989 – März 2003)

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Herbert Giersch
(Präsident, 1969 – März 1989)

IfW-Highlight

Globalisierung 2.0: Wie verändern sich die Einkommensunterschiede innerhalb von Ländern?

Der Begriff Globalisierung zielt auf die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung zwischen armen und reichen Ländern ab. Internationaler Handel, Kapitalverkehr und Technologietransfer tragen dazu, dass viele Produkte heute nicht nur überall auf der Welt verfügbar sind, sondern auch fast überall auf der Welt produziert werden können. In dieser Zuspitzung handelt es sich natürlich um eine grobe Übertreibung des tatsächlichen Geschehens, aber zumindest der Tendenz nach scheint die Globalisierung die real existierende Weltwirtschaft näher an das Standardmodell des internationalen Handels heranzuführen, mit dem seit jeher jeder Student der Volkswirtschaft traktiert wird. Das Standardmodell hat eine unangenehme wirtschaftspolitische Botschaft für die Industrieländer, weil es vorher sagt, dass die Globalisierung hier zu sinkenden Arbeitseinkommen (bzw. zu Arbeitslosigkeit) und zu steigenden Kapitaleinkommen führen wird – also zu größeren Einkommensunterschieden innerhalb von Ländern. So lange die Verlierer nicht auch tatsächlich kompensiert werden, dürfte es für sie nur ein schwacher Trost sein, dass die Kapitalgewinne die Verluste bei den Arbeitseinkommen überkompensieren werden und demnach aus der Globalisierung ein volkswirtschaftlicher Wohlfahrtsgewinn entsteht.

Was in diesem etwas düsteren Szenario fehlt ist der positive Einkommenseffekt des Wirtschaftswachstums. Wirtschaftswachstum führt zu steigenden Einkommen und kann so die Struktur- und Verteilungseffekte des internationalen Handels, die ja nicht erst seit Beginn der Globalisierung wirken, überlagern oder zumindest für große Bereiche der Volkswirtschaft abmildern. Das langfristige Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft bestimmt sich im Wesentlichen aus zwei Komponenten: der Rate des technischen Fortschritts und dem Aufholpotential gegenüber den technologisch führenden Volkswirtschaften. Nach dem zweiten Weltkrieg war das Aufholpotential der meisten Industrieländer gegenüber den Vereinigten Staaten groß, und gleichzeitig war der

AUTOREN
PORTRÄT

Dr. Erich Gundlach



Koordinator
Globalisierung und Wachstum

Forschungsbereich
Internationaler Handel, Investitionen und Wachstum

Telefon (0431) 8814-284
E-Mail erich.gundlach@ifw-kiel.de

Expertise

Gegenwärtige Forschungsschwerpunkte

- Internationale Produktivitätsunterschiede
- Humankapital und Wirtschaftswachstum
- Wirtschaftswachstum und internationaler Handel

Weitere Expertise

- Determinanten des Strukturwandels

strukturelle Anpassungsdruck weniger stark, weil zwischen den beteiligten Ländern aufgrund der eingeschränkten Möglichkeiten zur Produktionsverlagerung technologische Unterschiede fortbestehen konnten. Eine wirtschaftliche Integration bei hohem Wachstum und relativ geringem Anpassungsdruck hat aber naturgemäß eine andere Qualität als das, was jetzt im Zuge der Globalisierung 2.0 auf die etablierten Industrieländer zukommt.

Neu an der aktuellen Globalisierung scheint vor allem ihre technologische Komponente zu sein, die es zunehmend gestattet, Wertschöpfungsketten bis in kleinste Einzelteile zu zerlegen. Dadurch entstehen gänzlich neue Perspektiven für die internationale Verlagerung von Produktionsteilen. Früher konnte alles international gehandelt werden, was in einen Container passte, jetzt kann zusätzlich alles international gehandelt werden, was auf eine DVD passt. So können mithilfe der Digitalisierung verschiedene Dienstleistungen in die internationale Arbeitsteilung einbezogen werden, von Call Centern über Softwareprogrammierung bis zur Auswertung von CT-

Analysen. Richard Baldwin spricht in diesem Zusammenhang von der Globalisierung als dem „großen Entpacken“ (great unbundling). Wenn seine These richtig ist, stehen die Industrieländer mit der weltwirtschaftlichen Integration von Ländern wie China und Indien vor Herausforderungen, die die bisherigen Strukturkrisen als eher marginale Probleme erscheinen lassen werden. Zwei Effekte kommen zusammen. Erstens haben die meisten Industrieländer ihr Aufholpotential inzwischen offenbar weitgehend ausgereizt, so dass sie ihre Strukturprobleme nicht mit einem überdurchschnittlich hohen Wirtschaftswachstum werden lösen können. Zweitens sind sie aufgrund der jüngsten technologischen Entwicklung nicht mehr länger vor dem direkten Wettbewerb mit Ländern wie China und Indien geschützt, die sich dank des „großen Entpackens“ nicht mehr allein auf die Produktion arbeitsintensiver Güter stützen müssen. Diese Länder können den etablierten Wettbewerbern zunehmend im Bereich der Hochtechnologiegüter und wie im Fall Indiens auch bei humankapitalintensiven Dienstleistungen Konkurrenz machen. Da China und Indien rund 40 Prozent der Weltbevölkerung stellen, ist damit zu rechnen, dass die neue Welle der Globalisierung das Muster der internationalen Arbeitsteilung ungleich stärker verändern wird als das bisher vorstellbar war.

Diese Spekulationen über bevorstehende Anpassungsprozesse können mithilfe eines erweiterten Standardmodells des internationalen Handels daraufhin überprüft werden, wie sich im Zuge der Globalisierung die Einkommensunterschiede zwischen und innerhalb von Ländern voraussichtlich verändern werden. Auf dem denkbar höchsten Abstraktionsniveau kann man sich die Weltwirtschaft beispielsweise als ein integriertes System vorstellen, in dem drei Güter mit unterschiedlicher Intensität der beiden Produktionsfaktoren „Arbeit“ und „Kapital“ hergestellt werden und der technische Fortschritt für kontinuierliches Wachstum sorgt. Man braucht sicherlich nicht sehr lange darüber zu streiten, dass

in dieser extrem verkürzten Sicht der Weltwirtschaft zahlreiche wichtige Aspekte ignoriert werden. Allerdings erscheint es aus empirischer Sicht als nicht völlig abwegig, die Weltwirtschaft näherungsweise als ein System zu begreifen, in dem eine Gruppe von reichen Ländern mit einer Gruppe von armen Ländern handelt und der technische Fortschritt für ständig neue Spezialisierungsmuster sorgt.

Welche Faktoren im Einzelfall zu welchem Spezialisierungsmuster führen, hängt dann davon ab, in welchem der drei stilisierten Sektoren der technische Fortschritt am schnellsten ist und welcher der beiden Produktionsfaktoren am stärksten einspart wird. Aus theoretischer Sicht ergeben sich hier zahlreiche alternative Möglichkeiten für das resultierende Muster der Einkommensverschiebungen zwischen und innerhalb von Ländern in dieser Modell-Weltwirtschaft. Wenn man aber einmal davon ausgeht, dass der technische Fortschritt eher den Faktor Arbeit einspart und tendenziell am stärksten bei der Produktion des kapitalintensivsten Gutes zu Buche schlägt, ist das Ergebnis eindeutig. In einem solchen Fall werden sich die Einkommen des Produktionsfaktors Arbeit zwischen den armen und den reichen Ländern angleichen, und innerhalb der reichen Länder werden die Arbeitseinkommen im Vergleich zu den Kapitaleinkommen fallen. Um welche Größenordnungen es dabei in der realen Weltwirtschaft gehen könnte, soll in einem weiteren Forschungsprojekt untersucht werden.

Weiterführende Literatur

Becker, Daniel, und Erich Gundlach (2006). Factor Price Equality and Biased Technical Change in a Two-Cone Trade Model. Kieler Arbeitspapiere 1300. IfW, Kiel. (Erscheint in: *Review of Development Economics*.)

Gundlach, Erich (2006). The Solow Model in the Empirics of Growth and Trade. Kieler Arbeitspapiere 1294. IfW, Kiel. (Erscheint in: *Oxford Review of Economic Policy*.)

IfW-Highlight

Macht Entwicklungshilfe schlau?

Die Wirksamkeit von Entwicklungshilfe bleibt höchst umstritten. Ein Grund für die ambivalenten Ergebnisse empirischer Studien dürfte darin liegen, dass zumeist das Aggregat aller Finanzhilfen betrachtet und ausschließlich auf die gesamtwirtschaftlichen Wachstumswirkungen abgestellt wird. Die aktuelle Diskussion über die *Millennium Development Goals* legt es hingegen nahe, spezifische Ziele wie das Bestreben, allen Kindern bis 2015 einen Primärschulabschluss zu ermöglichen, und die dafür speziell bereitgestellte Entwicklungshilfe gesondert zu untersuchen.

Die Frage, ob externe Hilfe dazu beigetragen hat, dass mehr Kinder in den Genuss primärer Schulbildung gekommen sind, lässt sich im Rahmen einer sozialen Produktionsfunktion abschätzen. Dies erfolgte für eine umfassende Stichprobe von fast 100 Entwicklungsländern über den Zeitraum 1970–2004. Es wurden sowohl Nachfragefaktoren wie das Pro-Kopf-Einkommen als auch Angebotsfaktoren wie die nationalen Staatsausgaben für Bildung und die externe Hilfe für diesen Zweck als Bestimmungsfaktoren der Einschulungsraten im Primärschulbereich berücksichtigt. Dabei erwies sich die externe Hilfe als robuste Determinante mit einem signifikant positiven Einfluss auf die Einschulungsraten.

Dieses zentrale Ergebnis widerspricht in markanter Weise dem Verdikt von William Easterly, wonach Entwicklungshilfe wenig Gutes bewirkt, aber viel Schaden angerichtet habe. Wenn man der Möglichkeit einer umgekehrten Kausalität Rechnung trägt und bei der Schätzung berücksichtigt, dass eine schlechtere Bildungssituation zu mehr Hilfe führen kann, zeigt sich, dass die im Zeitraum 2000–2004 durchschnittlich gewährte Hilfe von fünf US-Dollar pro Kopf der Bevölkerung in den Empfängerländern eine um etwa zwei Prozent höhere Einschulungsrate bewirkt hat. Dies reicht sicherlich nicht aus, das Ziel einer universellen Primärschulbildung bis 2015 zu erreichen, ist aber ein nicht unbedeutender Schritt in diese Richtung.

AUTOREN
PORTRÄT

Dr. Peter Nunnenkamp

Leiter des Forschungsbereichs
Internationaler Handel, Investitionen und
Wachstum

Telefon (0431) 8814-209

E-Mail peter.nunnenkamp@ifw-kiel.de

Expertise

Gegenwärtige Forschungsschwerpunkte

- Determinanten und Effekte ausländischer Direktinvestitionen
- Determinanten und Effekte von Entwicklungshilfe
- Auswirkungen der Globalisierung auf Industrie- und Entwicklungsländer

Weitere Expertise

- Reform der internationalen Finanzarchitektur
- Weltbank und IWF
- Wirtschaftsentwicklung in arabischen Ländern
- Standortwettbewerb in der Automobilindustrie

Bemerkenswert ist zudem, dass die externe Hilfe nicht deswegen wirksam ist, weil sie höhere staatliche Bildungsausgaben ermöglicht. Vielmehr erweist sie sich als deutlich „produktiver“ als die nationalen Bildungsausgaben – möglicherweise weil sich die externe Hilfe auf Maßnahmen wie den Bau von Schulen, die Bereitstellung von Lernmaterialien und die Reform der Curricula konzentriert, statt wie die nationalen Ausgaben vorwiegend für die Entlohnung der Lehrkräfte bestimmt zu sein. Die Schätzergebnisse widersprechen ferner der These, dass Entwicklungshilfe nur in demokratisch regierten Empfängerländern wirksam sein kann. Zumindest im Bildungsbereich zeigen sich selbst dann positive Effekte, wenn demokratische Institutionen nur schwach entwickelt sind.

Angesicht dieser Ergebnisse mag es überraschen, dass der Bildungsbereich bei vielen Gebern von Entwicklungshilfe bisher wenig Auf-

merksamkeit erfahren hat. Dies galt in den Jahren 2002–2004 insbesondere für den wichtigsten bilateralen Geber – die Vereinigten Staaten, die weniger als zwei Prozent ihrer Hilfe für Bildungszwecke einsetzten (siehe Schaubild). Aber selbst solche Geber, die einen hohen Anteil ihrer gesamten Entwicklungshilfe auf den Bildungsbereich konzentrieren, haben in der Vergangenheit eine problemadäquate Fokussierung ihrer Hilfe vermissen lassen. Obwohl die *Millennium Development Goals* es erforderten, die Hilfe auf Primärbildung zu konzentrieren, wurde der weitaus größte Anteil der Hilfe, die etwa Frankreich und Deutschland gewährten, für höhere Bildungszwecke bereitgestellt und dürfte damit die besonders Bedürftigen verfehlt haben. Es kommt hinzu, dass sich die Verteilung der Hilfe im Bildungsbereich deutlich schwächer an Kriterien der Bedürftigkeit von Empfängerländern (wie den Einschulungsraten) orientiert hat, als es etwa bei der externen Hilfe im Kampf gegen HIV/AIDS und gegen die verbreitete Unterernährung der Fall war.

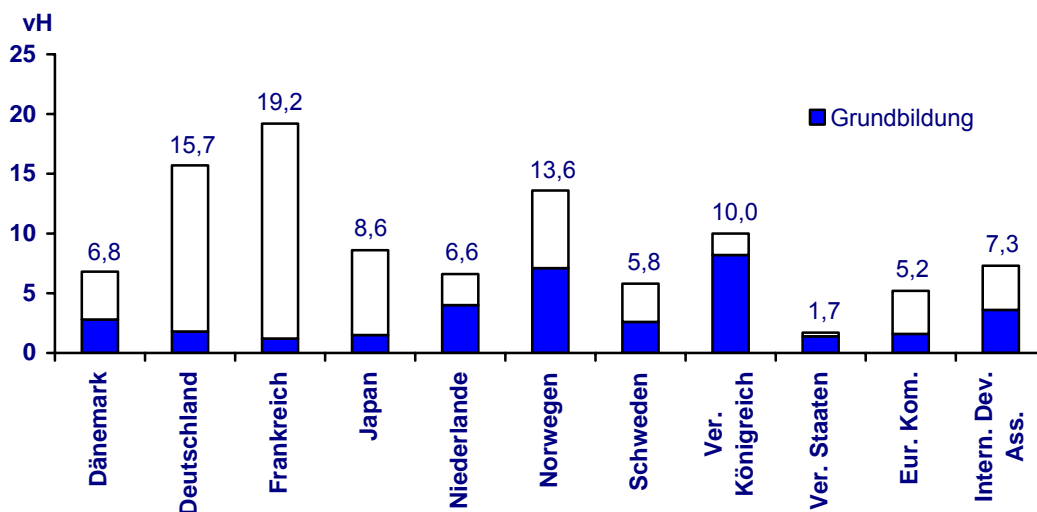
Es geht also nicht nur darum, die Entwicklungshilfe für Bildungszwecke quantitativ aufzustocken, um dem Ziel einer universellen Grundbildung mit größeren Schritten näherzukommen. Gleichzeitig müsste die Hilfe zielgerichtet vergeben werden. Die Geber sollten zum einen die sektorale Verteilung korrigieren und stärker auf die Primärbildung abzielen. Zum anderen sollten sich ihre Allokationsentscheidungen stärker als bisher an der Bedürftigkeit der Empfängerstaaten orientieren.

Weiterführende Literatur

Dreher, Axel, Peter Nunnenkamp und Rainer Thiele (2006). Does Aid for Education Educate Children? Evidence from Panel Data. Kiel Working Papers 1290. IfW, Kiel. (Revidierte Version eingereicht bei: *World Bank Economic Review*.)

Thiele, Rainer, Peter Nunnenkamp und Axel Dreher (2006). Sectoral Aid Priorities: Are Donors Really Doing their Best to Achieve the Millennium Development Goals? Kiel Working Papers 1266. IfW, Kiel. (Revidierte Version erscheint voraussichtlich in: *Review of World Economics*.)

Entwicklungshilfe für Bildungszwecke 2002–2004 (Anteil an den gesamten Zusage)



Quelle: OECD, International Development Statistics Online, Database on Aid Activities.

Das IfW im Überblick

Forschungsbereich Internationaler Handel, Investitionen und Wachstum

Das Team

Dr. Erich Gundlach
Sabine Hübener
Dipl.-Math. Christine Kiesner
Prof. Gernot Klepper, Ph.D.
Dr. Peter Nunnenkamp (Leiter)
Michaela Rank
Dr. Rainer Schweickert
Dr. Rainer Thiele
Dr. Manfred Wiebelt

Der Forschungsbereich beschäftigt sich mit Themen in der Schnittmenge der traditionellen Forschungsfelder „Internationaler Handel“ und „Wirtschaftswachstum“. Aus zwei wesentlichen Gründen erscheint es sinnvoll, diese Forschungsfelder konzeptionell miteinander zu verzahnen:

Zum einen verspricht die dynamische Betrachtung internationaler Güter und Kapitalbewegungen überzeugendere Antworten auf die Herausforderung der Globalisierung als eine rein statische Sichtweise. Effektive wirtschaftspolitische Strategie-

gien zur Bewältigung des mit der Globalisierung einhergehenden Wandels der Wirtschaftsstruktur sind sowohl für Industrie- als auch für Entwicklungsländer von großer Bedeutung. Doch die akademische Debatte scheint in diesem Punkt noch keinen Konsens erreicht zu haben.

Zum anderen könnte die Beschäftigung mit Themen aus dem Bereich Internationaler Handel und Wirtschaftswachstum zur Wiederbelebung eines Forschungsfeldes führen, das auf die Arbeiten des Nobelpreisträgers Simon Kuznets zurückgeht. Dabei geht es um die Veränderungen der Wirtschaftsstrukturen, die im Zuge des Wachstums einer integrierten Weltwirtschaft in armen und in reichen Ländern zu erwarten sind. Diesem Strukturwandel dürfte in Zukunft wachsende Bedeutung zukommen.

Die einzelnen Projekte des Forschungsbereichs sollen Beiträge zur aktuellen wirtschaftspolitischen Debatte zum Thema Globalisierung liefern und gleichzeitig die akademische Forschung zum Thema Strukturwandel voranbringen. Derzeit beschäftigt sich der Forschungsbereich mit vier größeren Projekten:

- (1) Internationaler Handel, technischer Fortschritt und Faktoreinkommen
- (2) Private internationale Investitionen (FDI) und Wachstum
- (3) Öffentliche internationale Investitionen (Entwicklungshilfe) und Entwicklung
- (4) Spezialisierungsmuster in einer wachsenden integrierten Weltwirtschaft.

Der gemeinsame Rahmen ist darin zu sehen, dass die einzelnen Projekte verschiedene Aspekte von Globalisierung und Wachstum abdecken und somit von hoher wirtschaftspolitischer Relevanz sind. Konzeptionell wird erwartet, dass die Einsichten, die sich aus der Analyse der Bedeutung von technologischem Wandel, Projekt (1), und internationalen Investitionen, Projekte (2) und (3), in einer integrierten Weltwirtschaft ergeben, zu einem besseren Verständnis unterschiedlicher Muster der sektoralen Faktorallokation sowie der Veränderung dieser Muster im Wachstumsprozess, Projekt (4), führen.

IfW-Highlight

Global mobil: Die deutsche Autoindustrie auf dem Weg in globale Netzwerke

Bei der Debatte um die Konsequenzen verstärkter Auslandsinvestitionen für die Zukunft des Industriestandorts Deutschlands steht die Automobilindustrie im Mittelpunkt. Sie ist besonders stark im Ausland engagiert, und in den Schlagzeilen um die Produktionsverlagerungen nach Mittel- und Osteuropa und anderen Regionen spielt sie immer wieder eine zentrale Rolle. In einem Forschungsprojekt zu diesem Thema wurde gezeigt, dass es bei den Auslandsaktivitäten keineswegs um eine schlichte Verlagerung von Arbeitsplätzen, sondern vielmehr um den Aufbau globaler Wertschöpfungsnetzwerke geht. Damit wird eine Brücke geschlagen zwischen den Analysen des Offshoring und den Analysen des Outsourcing, die in der aktuellen außenhandelstheoretischen Literatur eine zentrale Rolle spielen, bislang aber in der empirischen Literatur eher unverbunden nebeneinander stehen.

In ausländischen Tochtergesellschaften deutscher Automobilunternehmen sind derzeit rund 750 000 Arbeitskräfte beschäftigt; dies sind rund 500 000 mehr als vor zwanzig Jahren. Wie sich diese Auslandsarbeitsplätze auf die verschiedenen Länder und Regionen verteilen, ist im Schaubild darge-



AUTOREN **PROTRÄT**
Prof. Dr. Henning Klodt

Leiter des **Zentrums Bildungsprogramme**
Forschungsbereich
Globalisierungswirkungen in hochentwickelten
Ländern

Telefon (0431) 8814-250
E-Mail henning.klodt@ifw-kiel.de

Expertise

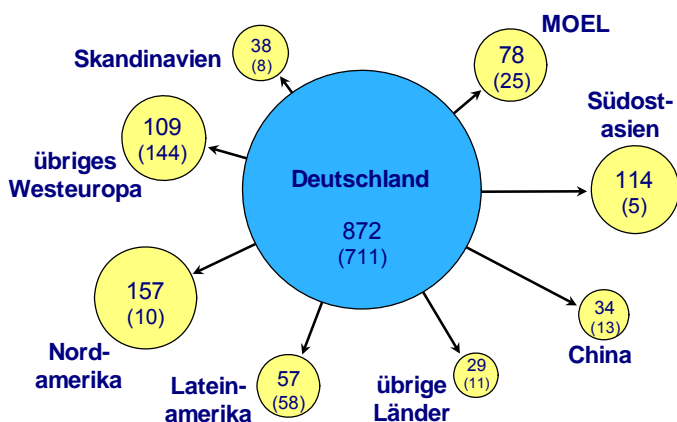
Gegenwärtige Forschungsschwerpunkte

- Ursachen und Auswirkungen der Globalisierung
- Strukturwandel und Arbeitsmarkt

Weitere Expertise

- Forschungs- und Technologiepolitik
- Fusionen und globale Produktionsnetzwerke
- Wettbewerbspolitik
- Strukturwandel zur Wissensgesellschaft

Arbeitsplätze in der deutschen Automobilindustrie 2003
(in 1 000) (Werte in Klammern: 1995)



stellt. Es macht deutlich, dass das Schwergewicht der Auslandsaktivitäten immer noch in anderen hoch entwickelten Industrieländern liegt und nicht etwa in den Niedriglohnländern. Beim Vergleich mit der Zahl der Auslandsarbeitsplätze im Jahre 1995 ragt insbesondere Nordamerika heraus, wo die Zahl der Arbeitsplätze deutscher Automobilfirmen von 10 000 auf 157 000 angestiegen ist. Diese Entwicklung spiegelt in erster Linie die Fusion von Daimler und Chrysler wider, die einen Einmaleffekt darstellt. Ansonsten ist der größte Zuwachs in den südostasiatischen Ländern zu verzeichnen, aber auch in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) ist der Anstieg sehr ausgeprägt. Demgegenüber nimmt sich die Auslandsbeschäftigung in China immer noch eher bescheiden aus, obwohl der prozentuale Zuwachs auch hier beträchtlich ist. Zu den Verliererstandorten zählen insbesondere die westeuropäischen Länder (mit Ausnahme Skandinaviens). Selbst

in Lateinamerika ist die Zahl der Auslandsarbeitsplätze der deutschen Automobilindustrie im Vergleich zu 1995 leicht zurückgegangen, wofür insbesondere der teilweise Rückzug aus Mexiko verantwortlich ist.

Aufschlussreich ist ein Vergleich dieser regionalen Muster mit den regionalen Mustern im Außenhandel. Dabei zeigt sich, dass sich die Handelsverflechtung mit jenen Ländern, gegenüber denen eine enge Produktionsverflechtung besteht, besonders dynamisch entwickelt hat, und zwar sowohl auf der Import- als auch auf der Exportseite. Deutliche Unterschiede zeigen sich jedoch bei einer Aufspaltung der Handelsströme in Endprodukte und Vorprodukte: Während der Handel mit anderen hochentwickelten Ländern weitgehend auf Endprodukte konzentriert ist und damit den traditionellen Mustern des intraindustriellen Handels folgt, dominieren sowohl beim Export als auch beim Import gegenüber mittel- und osteuropäischen und asiatischen Ländern die Vorprodukte. Dies weist auf die Entstehung neuer Formen der Arbeitsteilung hin, die durch ein wechselseitiges Outsourcing und den Aufbau globaler Wertschöpfungsnetzwerke geprägt sind. Die einzelnen Produktionsstandorte spezialisieren sich dabei auf jene Stufen des Produktionsprozesses, der ihren jeweiligen komparativen Vorteilen am besten entspricht. In jedem einzelnen Land geht damit die Fertigungstiefe zurück, da all jene Vorprodukte, die in anderen Ländern effizienter hergestellt werden, aus dem internationalen Netzwerk bezogen werden.

Wer diese Entwicklung isoliert aus rein deutscher Sicht betrachtet, könnte den Eindruck gewinnen, mit dem zunehmenden Bezug von Vorprodukten aus dem Ausland werde das Inland zu einer „Basarökonomie“ degradiert, da der deutsche Anteil an der gesamten Wertschöpfung des Automobilbaus kontinuierlich sinkt. Tatsächlich sinkt aber die Fertigungstiefe in allen Ländern, in

denen multinationale Unternehmen globale Wertschöpfungsnetzwerke aufbauen. Deutschland importiert mehr Vorprodukte, zugleich aber werden auch mehr Vorprodukte ins Ausland exportiert. Und die Reformländer liefern verstärkt Vorprodukte nach Deutschland, beziehen jedoch zugleich auch mehr Vorprodukte aus den deutschen Stammwerken. Der vermeintliche Weg in die Basarökonomie, der als Niedergang der deutschen Industrie apostrophiert wird, ist vielmehr der Weg in globale Wertschöpfungsnetzwerke, der die deutsche Industrie nicht schwächt, sondern stärkt.

Wie sehr heimische Produktionsstandorte vom Outsourcing und Offshoring profitieren, zeigt sich nicht zuletzt an der Entwicklung der inländischen Beschäftigung. Seit 1994 sind in der Automobilindustrie in Deutschland rund 160 000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden – das entspricht einem Zuwachs von mehr als 20 Prozent. Es macht also wenig Sinn, den ins Ausland verlagerten Arbeitsplätzen nachzutruern; denn offenbar stellt diese Abwanderung eine wichtige Voraussetzung dafür dar, auch im Inland mehr Beschäftigung rentabel zu machen. Es ist geplant, das Ineinandergreifen von Außenhandel und Auslandsinvestitionen, das in der neueren theoretischen Außenhandelsliteratur so stark betont wird, auch für andere Branchen empirisch zu analysieren. Dabei könnte sich herausstellen, dass gerade jene Industriebranchen mit internationalen Wettbewerbsproblemen zu kämpfen haben, denen es – aus welchen Gründen auch immer – nicht gelungen ist, sich in globale Wertschöpfungsnetzwerke zu integrieren.

Weiterführende Literatur

Klodt, Henning (2007). Outsourcing und Offshoring in der deutschen Automobilindustrie. *List Forum* 33 (2): 129–140.

IfW-Highlight

Schleswig-Holsteins Wirtschaft
auf der Globalisierungswelle

Alle einschlägigen Wirtschaftsindikatoren deuten darauf hin, dass die schleswig-holsteinische Wirtschaft in den letzten Jahren trotz eines intensiveren globalen Wettbewerbs wieder Tritt gefasst hat.

Vor allem die dynamische Entwicklung der Exporttätigkeit schleswig-holsteinischer Unternehmen spricht dafür, dass die Integration in die internationale und europäische Arbeitsteilung erfolgreich verläuft. Die schleswig-holsteinische Exportquote erreicht mittlerweile fast 70 Prozent der bundesdeutschen Quote, die Exportintensität des Verarbeitenden Gewerbes liegt sogar leicht über dem Bundesdurchschnitt. Allerdings ist die Exportbasis in Schleswig-Holstein nach wie vor relativ schmal, die Konzentration des Exportgeschäfts auf eine recht überschaubare Anzahl von Branchen und Unternehmen hat ein hohes Maß an Schwankungsanfälligkeit zur Folge. In der Exportstatistik schlägt sich der Erfolg einzelner Unternehmen sehr stark nieder, umgekehrt verändert der Misserfolg Einzelner sehr schnell die sektorale und regionale Außenhandelsstruktur des Landes. Für die Stabilität des Exportgeschäfts erweist es sich daher als Vorteil, dass in den vergangenen Jahren die technologische Leistungsfähigkeit der Exporteure gestiegen ist, was in einer Dominanz human- und technologieintensiver Ausfuhren mit einem Anteil von zwei Dritteln zum Ausdruck kommt. Hier sind Spezialisierungsvorteile zu vermuten, die auf den umkämpften internationalen Märkten zum Tragen kommen – auch wenn dieses Bild durch einen hohen Anteil technologieintensiver Vorleistungsimporte in exportstarken Branchen relativiert wird.

Positiv ist des Weiteren neben einer starken Präsenz auf den Kernmärkten Westeuropas die Erschließung von Absatzgebieten in Nordamerika und Asien, insbesondere China, hervorzuheben. Die Handelsbeziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Neumitgliedern sind hingegen insgesamt weniger stark ausgeprägt. Der schleswig-holsteinische Ostseuhandel wird von Polen und außerhalb

AUTOREN
PORTRÄT**Dr. Klaus Schrader**

Leiter des Forschungsbereichs
Globalisierungswirkungen in hoch entwickelten
Ländern

Forschungsbereich
Reform der Wohlfahrtsgesellschaft
Zentrum
Public Relations

Telefon (0431) 8814-280
E-Mail klaus.schrader@ifw-kiel.de

Expertise*Gegenwärtige Forschungsschwerpunkte*

- Struktureffekte außenwirtschaftlicher Integration
- Osterweiterung der EU
- Arbeitsmarktpolitik

Weitere Expertise

- Transformation in Mittel- und Osteuropa

der EU von Russland dominiert. Durch diese beiden Handelspartner hat auch der Ostseehandel eine stärkere östliche Ausrichtung bekommen, wobei sich sein Gewicht allerdings über die Jahre insgesamt kaum verändert hat. Auch wenn die Handelsbeziehungen mit dem Nachbarn Dänemark traditionell von besonderer Bedeutung sind, scheinen die Entwicklungsperspektiven des Ostseehandels begrenzt zu sein: Das Marktpotential unmittelbar um das Mare Balticum ist vergleichsweise gering – die skandinavischen Märkte sind zu klein, und ein zwei Kontinente umspannendes Land wie die Russische Föderation in Gänze zum Ostseeanrainer zu erklären, würde schon den geographischen Gegebenheiten nicht gerecht werden.

Die bestehende Konzentration auf Kerneuropa und überseeische Wachstumsregionen spiegelt insofern die relative Stärke der Anziehungskräfte zutreffend wider. Nicht anders

ist der Handel der skandinavischen Länder, insbesondere Dänemarks und Schwedens, ausgerichtet. Deren vornehmliches Handelsinteresse liegt ebenfalls außerhalb der Ostseeregion, so dass für diese Länder die lückenlose Anbindung an Westeuropa von großem Interesse ist. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur nach Süden und Westen würde für die Länder am Nordrand Europas die Entfernungskosten zu den Märkten mit der größten Anziehungskraft verringern.

Allerdings sollte trotz der Internationalisierung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft nicht übersehen werden, dass in den letzten Jahrzehnten in hochentwickelten Volkswirtschaften wie Deutschland der Industrieanteil an Wertschöpfung und Beschäftigung zugunsten des Dienstleistungssektors kontinuierlich gesunken ist. Auch in Schleswig-Holstein hat die Tertiarisierung der Wirtschaftsstrukturen ihren Niederschlag gefunden, stärker noch als im Bundesdurchschnitt: Mehr als drei Viertel der Wertschöpfung wird mittlerweile in den Dienstleistungsbranchen des Landes erzielt. Auch die Dienstleistungsbeschäftigung hat ein vergleichbares Ausmaß erreicht. Im Allgemeinen bedeutet Tertiarisierung, dass eine moderne Dienstleistungsgesellschaft bei steigendem Wohlstand die lange Zeit vorherrschenden Industriestrukturen sukzessive verdrängt. Doch wurden in Schleswig-Holstein im Durchschnitt relativ hochwertige, gut bezahlte Industriearbeitsplätze durch eine vergleichsweise gering entlohnte Dienstleistungsbeschäftigung ersetzt.

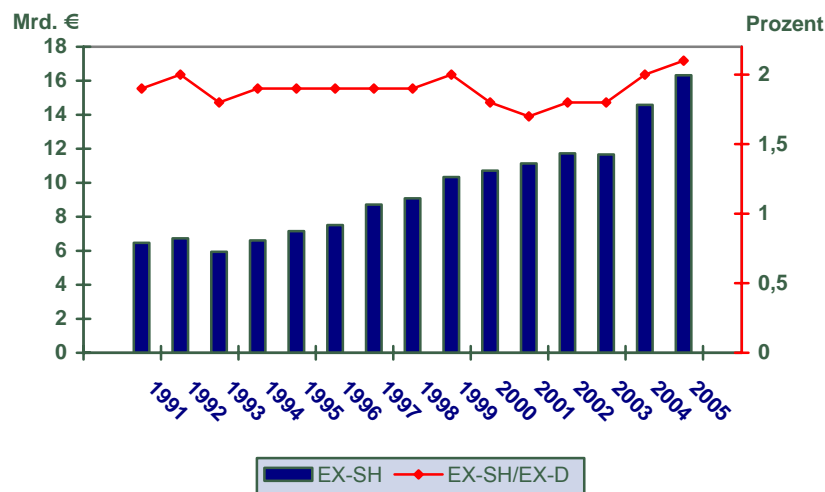
Anders als in einer Metropolregion wie Hamburg ist der Anteil hochwertiger Dienstleistungsarbeitsplätze relativ gering geblieben. Es ist am Standort Schleswig-Holstein nicht im ausreichenden Maß gelungen, die Einkommensverluste infolge des Wegfalls von Industriearbeitsplätzen zu kompensieren.

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse liegt eine mehrgleisige Standortpflege für Schleswig-Holstein nahe: Zum einen sollte um hochwertige Dienstleistungsarbeitsplätze geworben werden, zum anderen sollte der Kern hochqualifizierter Industriearbeitsplätze, die gegenwärtig maßgeblich zum Wohlstandsniveau des Landes beitragen, bewahrt und möglichst erweitert werden. Dabei sind Komplementaritäten zwischen hochwertiger Industrie- und Dienstleistungsbeschäftigung in humankapitalintensiven Branchen durchaus naheliegend. Diese dürften vor allem dann vermutet werden, wenn Forschung und Entwicklung sowie weitere „Headquarter Services“ von der Produktion räumlich nur schwer trennbar sind. Umso erfreulicher ist es für den Standort Schleswig-Holstein, dass der Beschäftigungs- und Exportanteil derartiger Hochtechnologieindustrien seit den neunziger Jahren nach und nach gewachsen ist.

Weiterführende Literatur

Schrader, Klaus, Claus-Friedrich Laaser und Henning Sichel Schmidt (2006). Schleswig-Holsteins Wirtschaft im Kräftefeld der Globalisierung. Kieler Diskussionspapiere 434/435. IfW, Kiel.

Die Exportentwicklung Schleswig-Holsteins 1991–2005



Linke Achse: Exporte Schleswig-Holsteins (EX-SH)
 Rechte Achse: Anteil Schleswig-Holsteins am deutschen Gesamtexport (EX-SH/EX-D)

Das IfW im Überblick

Forschungsbereich Globalisierungswirkungen in hoch entwickelten Ländern



Das Team

Dr. Eckhardt Bode
 Helga Huß
 Prof. Dr. Henning Klodt
 Dipl.-Volksw. Christiane Krieger-Boden
 Dr. Claus-Friedrich Laaser
Dr. Klaus Schrader (Leiter)
 Prof. Dr. Rüdiger Soltwedel
 Dipl.-Volksw. Henning Sichelschmidt
 Sigrid Türker

Die Globalisierung von Märkten und Unternehmensstrukturen eröffnet Chancen auf beträchtliche Wohlfahrtsgewinne. Sie bringt für zahlreiche Marktteilnehmer aber auch zusätzliche Risiken mit sich. Der schärfere globale Wettbewerb erhöht den Anpassungsdruck auf Unternehmen und auf Arbeitnehmer nachhaltig. Traditionelle Spezialisierungsvorteile, die bislang die Prosperität hoch entwickelter Länder sicherten, werden in Frage gestellt. Der Bedarf an wirtschaftlichem Strukturwandel nimmt zu. Der Forschungsbereich untersucht daher die Folgen einer zunehmenden Integration hoch entwickelter Länder in globalisierte Märkte. Im Mittelpunkt der Analysen stehen die aus der Globalisierung resultierenden Anpassungserfordernisse, die sektorale und regionale Wirtschaftsstrukturen eines Landes ebenso betreffen wie die Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte. Den Wirkungen veränderter internationaler Handels- und Investitionsströme kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu. Die Untersuchungsergebnisse sollen zu einem besseren Verständnis des Globalisierungsprozesses beitragen und als Grundlage für die Konzeption einer angemessenen Wirtschaftspolitik für hoch entwickelte Länder dienen.

Im Einzelnen befasst sich der Forschungsbereich gegenwärtig vor allem mit folgenden Forschungsfragen:

Determinanten der wirtschaftlichen Integration und ihr Einfluss auf den Strukturwandel: Was sind die Bestimmungsgründe des wirtschaftlichen Integrationsprozesses? Welche Auswirkungen haben Handelsintegration und Direktinvestitionen auf die Spezialisierungsmuster in der internationalen Arbeitsteilung und den Strukturwandel in hoch entwickelten Ländern?

Integration und räumliche Arbeitsteilung: Welche raumwirksamen Kräfte werden durch sinkende Entfernungskosten freigesetzt? Welche Art von Polarisierung lösen sie aus? Inwieweit wirken sie unterschiedlich auf Branchen und Standorte?

Globalisierung der Produktion: Was sind die wesentlichen Bestimmungsgründe für Outsourcing und Offshoring? Wie entwickeln sich internationale Fertigungsnetzwerke und welche Auswirkungen haben sie auf die Arbeitsmärkte in hoch entwickelten Ländern?

Intraindustrieller Handel und qualifikatorische Mobilität: Sind die Anpassungserfordernisse im Zuge der Globalisierung nur auf traditionelle Qualifikationen an bestehenden Standorten beschränkt? Oder betreffen sie auch höherwertige Qualifikationen, die bislang als ungefährdet galten?

IfW-Highlight

Der Nächste bitte! Wer folgt Europa auf dem Weg in die Währungsunion?

Werden Länder in anderen Teilen der Welt dem Beispiel der Europäischen Union folgen und sich zu einer Währungsunion zusammenschließen? Zu diesem Thema brachte der Projektbereich „Beyond Europe“ gemeinsam mit Herbert Grubel vom Fraser Institut in Vancouver vom 24. bis 26. September Wissenschaftler aus aller Welt in Kiel zu einer Konferenz zusammen.

Zunächst wurden Forschungsergebnisse zu den Auswirkungen einer Währungsunion auf den Handel, den Arbeitsmarkt und den Finanzmarkt vorgetragen. Der zweite Teil der Konferenz widmete sich Fallstudien zu Ländern, in denen ökonomische Gründe bereits für eine Währungsunion sprechen. Nobelpreisträger Robert Mundell erläuterte zudem in einer Dinner Speech den Zusammenhang zwischen regionaler monetärer Integration und dem internationalen Finanzsystem.

Nach Einschätzung der vertretenen Volkswirte mangelt es in den untersuchten Staaten meist nicht an den ökonomischen Voraussetzungen, sondern – im Gegensatz zur Europäischen Union – am politischen Willen, sich zu einer Währungsunion zusammenzuschließen. Die Ergebnisse im Einzelnen:

In Ostasien, wo sich derzeit die meisten Länder mehr oder weniger ausdrücklich an den US-Dollar hängen, fehlt eine eigene Ankerwährung innerhalb der Region. Das Beispiel des europäischen ECU zeigte, dass ein Währungskorb nicht die Rolle des Ankers einer Währungsunion erfüllen kann. Bisher zeichnet sich aber keine asiatische Variante der D-Mark ab. Der japanische Yen erscheint nach einer Dekade der Rezession und Deflation wenig attraktiv, während der chinesische Yuan aufgrund der fehlenden Integration in die internationalen Finanzmärkte noch nicht in Betracht kommt. Dem Singapur-Dollar, ein potenzieller Kandidat, fehlt das ökonomische Gewicht. In den ASEAN+3 (China, Japan, Südkorea)-Staaten gibt es dennoch seit der Asienkrise erste Ansätze einer Kooperation in Währungsfragen, die neben den ökonomi-

AUTOREN PORTRÄT

**Dipl.-Volksw.
Felix Hammermann**



Forschungsbereich
Geldpolitik

Projektbereich
Beyond Europe – externe Dimensionen der europäischen Integration

Zentrum
Advanced Studies in International Economic Policy Research

Telefon (0431) 8814-210
E-Mail felix.hammermann@ifw-kiel.de

Expertise

Gegenwärtige Forschungsschwerpunkte
· Geldpolitik in Schwellenländern mit flexiblen Wechselkursen

schen aber auch noch erhebliche politische Hürden zu überwinden haben.

Innerhalb der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten sind Russland und Weißrussland die wahrscheinlichsten Kandidaten für eine Währungsunion. Hier würden politische Motive ganz klar ökonomische Motive dominieren. Ähnlich einem „Kuhhandel“ würde Weißrussland sich die Einwilligung zu einer Hegemonialstellung Russlands durch russische Öl- und Gaslieferungen unterhalb des Weltmarktpreises abkaufen lassen.

Bei den Golfstaaten handelt es sich um eine durchaus homogene Gruppe. Vor allem würde der größte und wahrscheinlichste externe Schock, der diese Ländergruppe treffen könnte, nämlich ein Ölpreisschock, ähnliche Auswirkungen in allen betroffenen Ländern haben. Komplizierte Mechanismen wie etwa Transferzahlungen, die asymmetrische Schocks abfedern, wären daher nicht notwendig. Ohne Strukturreformen und eine Flexibilisie-

rung der Arbeitsmärkte blieben die Vorteile aus einer Währungsunion jedoch gering, da die Golfstaaten untereinander bisher nur in geringem Ausmaß integriert sind.

Nordamerika ist ein Sonderfall, denn der US-Dollar dominiert als internationale Reservewährung. Eine einseitige Dollarisierung ist daher naheliegender als eine Währungsunion zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten. Kanada verfolgt aber erfolgreich eine unabhängige Geldpolitik und ist nicht auf den Import von Glaubwürdigkeit angewiesen.

Vergleichbar ist Ozeanien, wo Australien und Neuseeland ebenfalls erfolgreich eine unabhängige Geldpolitik mit dem Ergebnis niedriger Inflationsraten verfolgen. Große Zugewinne durch eine gemeinsame Währung sind gering. Entsprechend unwahrscheinlich ist eine Zusammenlegung der Währungen.

Die karibischen Inselrepubliken sind entweder klein und reich wie die Bahamas oder groß und hochverschuldet wie Jamaika und Haiti. Eine gemeinsame Geldpolitik, die auf einen festen Wechselkurs mit dem US-Dollar hinausläufe, verspricht keine Zugewinne zum Status quo.

Schließlich zeigt sich in Afrika traditionell kein Mangel an großen Plänen. Aufbauend auf die regionalen Integrationsbemühungen soll hier bis 2028 ein einheitlicher Währungsraum über den Zwischenschritt der subregionalen monetären Integration geschaffen werden. Zurzeit beschränken sich die regionalen Integrationsansätze allerdings auf die enge Nachbarschaft Südafrikas (CMA) sowie die von Frankreich gestützten Franc-Zonen im Westen Afrikas (WAEMU/CEMAC). Die übrigen regionalen Integrationsverbände stehen auch ohne ehrgeizige monetäre Ziele eher auf tönernen Füßen und eignen sich kaum als Ausgangsbasis für Währungsphantasien.

Zusammenfassend zeigt sich, dass in naher Zukunft wohl kaum Länder dem Beispiel der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion folgen werden. Die enge realwirtschaftliche Verflechtung im Zusammenspiel mit gemeinsamen politischen Interessen als Motor für Integrationsschübe bis hin zur Währungsunion ist derzeit noch einmalig.

Weiterführende Literatur

Die Beiträge zur Konferenz „The Economics of Regional Monetary Integration“ sind erschienen in: *Économie Internationale* 107 – 3T 2006.

Das IfW im Überblick

Projektbereich **Beyond Europe – externe Dimensionen der europäischen Integration**



Das Team

aus dem IfW

Dipl. Volksw. Felix Hammermann

Sabine Hübener

Prof. Dr. Rolf J. Langhammer

Dr. Matthias Lücke

Miriam Manchin, Ph.D.

Michaela Rank

Dr. Rainer Schweickert (Leiter)

Dr. Dean Spinanger

assoziiert

Lúcio Vinhas de Souza, DG-ECFIN,
EU-Kommission

Der Projektbereich „Beyond Europe – externe Dimensionen der europäischen Integration“ analysiert die Außenwirkungen der zeitlich parallelen Prozesse der Integrationsvertiefung und -erweiterung in Europa. Die einmalige Erfahrung des europäischen Experiments bietet die Basis für empirische Forschung zur regionalen Integration zwischen Ländern mit sehr unterschiedlichen Einkommensniveaus („Nord-Süd“-Integration), deren Ergebnisse auch für regionale Integrationsinitiativen auf anderen Kontinenten wertvolle Erkenntnisse bieten.

Gerade in den letzten Jahren haben rund um den Globus regionale Integrationsabkommen Hochkonjunktur. Viele dieser Abkommen gehen zumindest implizit von positiven Erfahrungen mit regionaler Integration in Europa aus. Ein Aspekt der Forschung im Projektbereich ist die Frage danach, ob diese Annahme tatsächlich gerechtfertigt ist. Darüber hinaus hat die europäische Integration jedoch auch direkte Wirkungen (als Folge der Diskriminierung von Nicht-Mitgliedsländern der EU) und indirekte Wirkungen (dank der Wachstumseffekte der europäischen Integration) auf Drittländer. Schließlich sind auch die Effekte der Weltwirtschaft auf den europäischen Wirtschaftsraum

Gegenstand der Forschung. Dies gilt in erster Linie für den zunehmenden Einfluss der rasch wachsenden asiatischen Volkswirtschaften. Analysiert werden soll hierbei, wie sich die Effekte der Globalisierung auf einen eng integrierten Wirtschaftsraum mit hohen sozialen Standards auswirken. Im Fokus der Forschungsaktivitäten stehen somit allgemein die Nord-Süd-Beziehungen innerhalb einer sich ständig erweiternden EU als auch die Beziehungen zwischen der EU und anderen Regionen.

Die Forschungsaktivitäten gliedern sich nach thematischen Gesichtspunkten, wobei die Interdependenz zwischen diesen Gesichtspunkten eine zentrale Rolle spielt:

Beyond Europe Trade analysiert die Zugangsbeschränkungen für Drittländer auf dem EU-Markt nach der Erweiterung der EU und die Vorteile einer Mitgliedschaft in der EU.

Beyond Europe Money analysiert sowohl die bevorstehende Erweiterung der europäischen Währungsunion auf die neuen EU-Mitgliedsländer als auch eine einseitige Euroisierung/Dollarisierung sowie deren Vorbildcharakter für andere regionale Integrationsinitiativen in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Beyond Europe Institutions analysiert den Einfluss der europäischen Integration auf institutionelle Konvergenz von Ländern außerhalb der EU hin zu EU-Standards.

Um dieses breite Forschungsfeld bearbeiten zu können, nimmt der Projektbereich an internationalen Netzwerkaktivitäten teil (*Beyond Europe Networks*), die sich mit den Erfahrungen aus der europäischen Integration befassen und Netzwerke regional orientierter Forschung zu Asien, Afrika und Lateinamerika integrieren.

IfW-Highlight

Einstellungsgutscheine effektiver als Kombilöhne

Eine Studie des Instituts für Weltwirtschaft zeigt, dass die in Deutschland gegenwärtig diskutierten Kombilohnmodelle (dauerhafte Lohnsubventionen für Geringverdiener) weder ein geeignetes Instrument zur Schaffung neuer Arbeitsplätze noch das beste Instrument zur Bekämpfung der Einkommensungleichheit sind. Befristete Lohnzuschüsse, die Langzeitarbeitslosen in Form von Einstellungsgutscheinen gewährt werden, sind dagegen ein effektives Instrument. Einstellungsgutscheine könnten 120 000 Arbeitsplätze schaffen, ohne das staatliche Budget langfristig zu belasten. Falls die Regierung zusätzlich langfristig bereit wäre, jährlich zwei Milliarden Euro auszugeben, so könnten sogar 400 000 neue Jobs entstehen. Das Inlandsprodukt würde steigen und die Einkommensungleichheit sinken.

Unser Konzept sieht insbesondere vor, den Arbeitgebern bei der Einstellung eines Langzeitarbeitslosen einen Einstellungsgutschein auszuhändigen, der die Lohnkosten befristet während der ersten Zeit der Beschäftigung senkt. Dadurch werden Menschen zurück in Arbeit gebracht, deren Produktivität ohne Gutscheine unterhalb des gängigen Lohnes liegt. Dieses Programm ist realisierbar, ohne die Unterstützungsleistungen für Arbeitslose zu reduzieren.

Einstellungsgutscheine sind natürlich kein Allheilmittel. Wie Medikamente im Falle einer Krankheit müssen sie vorsichtig und mit Blick auf die Nebenwirkungen eingesetzt werden. So wie jedes Medikament sind auch Einstellungsgutscheine schädlich, wenn man sie überdosiert.

Was ist das größte Problem des deutschen Arbeitsmarkts? Die Langzeitarbeitslosigkeit. Wieso ist dieses Problem so schwer zu lösen? Weil die Produktivität der Langzeitarbeitslosen oft unter dem Lohn liegt, den sie benötigen, um einen akzeptablen Lebensstandard zu erreichen.

Gerade in dieser Hinsicht können Einstellungsgutscheine sehr nützlich sein. Denn sie senken die Lohnkosten der Unternehmen und erhöhen dadurch den Anreiz, Langzeit-


AUTOREN
PORTRÄT
Dipl.-Kfm. Alessio J.G. Brown
Präsidium
Forschungsbereich
 Reform der Wohlfahrtsgesellschaft

Zentren

 Bildungsprogramme
 Forschungsveranstaltungen

Telefon (0431) 8814-259

E-Mail alessio.brown@ifw-kiel.de

Expertise
Gegenwärtige Forschungsschwerpunkte

- Arbeitsmarktökonomik
- Reform des Wohlfahrtsstaates
- Beschäftigungsanreize


AUTOREN
PORTRÄT
Christian Merkl
Präsidium
Forschungsbereiche
 Geldpolitik
 Reform der Wohlfahrtsgesellschaft

Zentrum

Forschungsveranstaltungen

Telefon (0431) 8814-260

E-Mail christian.merkl@ifw-kiel.de

Expertise
Gegenwärtige Forschungsschwerpunkte

- Reale Effekte und Transmission der Geldpolitik
- Bankkredit- und Bankkapitalkanal
- Reform des Sozialstaates

arbeitslose einzustellen. Der Gutschein wiederum kann sich selbst finanzieren, indem er mehr Beschäftigung schafft, so die Steuereinnahmen erhöht und die Transfers an Arbeitslose senkt.

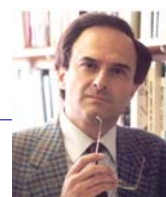
Das Programm hat aber zwei schädliche Nebenwirkungen. Erstens gibt es „Mitnahmeeffekte“: Manche Langzeitarbeitslose würden auch ohne Gutscheine wieder Arbeit finden; daher ist es Verschwendung, auch ihnen Gutscheine zu geben. Leider kann man zwischen ihnen und den chancenlosen Arbeitslosen im Voraus nicht unterscheiden.

Zweitens gibt es „Drehtüreffekte“: Subventionierte Neueinsteiger könnten unsubventionierte Arbeitnehmer ersetzen oder könnten am Ende der Förderungsdauer entlassen werden. Dies ist auch Verschwendung, da der Staat zweimal zahlt – den Gutschein an den Neueinsteiger und die Arbeitslosenunterstützung an den Arbeitnehmer, der ersetzt wurde.

Wie jeder Arzt weiß, sind Nebenwirkungen jedoch kein Grund, ein Medikament nicht zu verschreiben. Die Frage ist vielmehr: Sind die Nebenwirkungen ärger als die Krankheit (Langzeitarbeitslosigkeit)? Bei Einstellungsgutscheinen ganz bestimmt nicht, denn wenn Arbeitnehmer und Arbeitgeber aufgrund der Unterstützung freiwillig ein Beschäftigungsverhältnis eingehen, tun sie das nur, weil sie dadurch beide besser gestellt werden.

Sind die Nebenwirkungen schädlicher als bei anderen Maßnahmen wie Kombilöhnen (Subventionen an Geringverdiener)? Sicher nicht. Bei Kombilöhnen sind die Mitnahmeeffekte viel höher, denn unter den Niedrigverdienern ist die Zahl derer, die auch ohne Zuschüsse beschäftigt worden wären, viel größer. Laut unserer Studie würde ein entsprechendes Zwei-Milliarden-Euro-Programm langfristig nur unzureichende 16 000 Arbeitsplätze schaffen. Mehr als 90 Prozent der Fördersumme würden für Arbeitnehmer ausgegeben werden, die sowieso schon eine Beschäftigung haben. Der Mitnahmeeffekt wäre bei Einstellungsgutscheinen weitaus geringer, da diese lediglich auf Arbeitslose und nur auf solche mit geringen Einstellungswahrscheinlichkeiten abzielen.

Der Drehtüreffekt der Einstellungsgutscheine ist langfristig viel kleiner als kurzfristig. Denn die subventionierten Neueinsteiger gewinnen oft erheblich an Arbeitsroutine und Leistungs-



AUTOREN PORTRÄT

Prof. Dennis J. Snower, Ph.D.

Präsident des Instituts für Weltwirtschaft
Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre,
CAU Kiel

Telefon (0431) 8814-235
E-Mail dennis.snower@ifw-kiel.de

Expertise

Gegenwärtige Forschungsschwerpunkte

- Arbeitslosigkeit
- Inflation
- Geld- und Fiskalpolitik
- Beschäftigungspolitik
- Reform des Wohlfahrtsstaates
- Organisatorischer Wandel
- Lohnbestimmung

fähigkeit. Dadurch sind sie für den Arbeitgeber am Ende der Förderungsdauer oft wesentlich attraktiver, als sie es ohne Gutschein gewesen wären. Obwohl Unternehmen kurzfristig einen Anreiz haben könnten, die subventionierten Langzeitarbeitslosen nach der Förderungsdauer wieder zu entlassen, entsteht für den Arbeitsmarkt generell dennoch mehr Beschäftigung: Wird ein geförderter Arbeitnehmer entlassen, so ist aus einem vormals Langzeitarbeitslosen ein Kurzzeitarbeitsloser mit einer weitaus höheren Wiedereinstellungswahrscheinlichkeit geworden. Daher stellen „Drehtüreffekte“ kein großes makroökonomisches Problem dar.

Zusammengefasst: Kombilöhne sind ungeeignet zur Schaffung von Beschäftigung. Einstellungsgutscheine können dagegen – in begrenztem Maße – einen moderaten und politisch durchsetzbaren Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze leisten. Wunder sollten allerdings nicht erwartet werden, dafür wird der „große Wurf“ benötigt: eine umfassende Arbeitsmarktreform, die im gegebenen politischen Rahmen jedoch schwierig realisierbar ist.

Weiterführende Literatur

Brown, Alessio J.G., Christian Merkl und Dennis J. Snower (2006). Unemployment Accounts and Employment Incentives. Kiel Working Paper, 1274. IfW, Kiel.

IfW-Highlight

Ostdeutschland in der Subventionsfalle

Seit der Wiedervereinigung sind mehr als 1 000 Milliarden Euro als Unterstützungsleistungen in den Osten der Republik geflossen. Diese Subventionen haben massive Fehlanreize für Arbeitnehmer und Unternehmen in Ostdeutschland gesetzt und sind daher mitverantwortlich für die wirtschaftliche Misere der neuen Bundesländer. So würde etwa die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland heute etwa halb so hoch sein und damit auf dem Niveau Westdeutschlands liegen, wenn nach der Wiedervereinigung eine grundsätzlich andere Wirtschaftspolitik verfolgt worden wäre. Ostdeutschland sitzt in der Subventionsfalle.

Die hohen Unterstützungsleistungen ließen ostdeutsche Arbeitnehmer und Unternehmer gleichzeitig in mehre Fallen tappen:

Die Qualifikationsfalle: Die großzügige Arbeitslosenunterstützung, die Sozialtransfers und die Kündigungsschutzregelungen sorgten dafür, dass vor allem die Produktivität geringqualifizierter Arbeitnehmer deutlich hinter ihrem Lohn zurückgeblieben ist und sie so fast zwangsläufig in die Arbeitslosigkeit getrieben wurden. Ohne Anstellung hatten sie keine Möglichkeit zur Weiterqualifizierung und landeten in der Qualifikationsfalle.

Die Altersfalle: Die hohen Subventionen sollten die Arbeitskräfte in Ostdeutschland halten. Geblieben sind aber überwiegend nur die Älteren. Denn jüngere Arbeitnehmer haben im Hinblick auf ihr Lebenseinkommen einen weiteren Zeithorizont als ältere Arbeitnehmer. Für sie lohnte es sich daher, die Kosten einer „Auswanderung“ gen Westen auf sich zu nehmen – für Ältere angesichts der kurzfristig hohen Subventionen dagegen nicht.

Die Spezialisierungsfalle: Der subventionsbedingte Lohnanstieg und die den ostdeutschen Unternehmen gewährten Kapitalsubventionen begünstigten den Aufbau kapitalintensiver anstatt beschäftigungsintensiver Produktionen. Der Beschäftigungsaufbau wurde aufgrund dieser subventionsbedingten Fehlspezialisierung behindert.



AUTOREN
PORTRÄT
Christian Merkl

Präsidium

Forschungsbereiche

Geldpolitik

Reform der Wohlfahrtsgesellschaft

Zentrum

Forschungsveranstaltungen

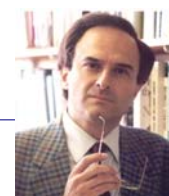
Telefon (0431) 8814-260

E-Mail christian.merkl@ifw-kiel.de

Expertise

Gegenwärtige Forschungsschwerpunkte

- Reale Effekte und Transmission der Geldpolitik
- Bankkredit- und Bankkapitalkanal
- Reform des Sozialstaates



AUTOREN
PORTRÄT
Prof. Dennis J. Snower, Ph.D.

Präsident des Instituts für Weltwirtschaft

Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre,
CAU Kiel

Telefon (0431) 8814-235

E-Mail dennis.snower@ifw-kiel.de

Expertise

Gegenwärtige Forschungsschwerpunkte

- Arbeitslosigkeit
- Inflation
- Geld- und Fiskalpolitik
- Beschäftigungspolitik
- Reform des Wohlfahrtsstaates
- Organisatorischer Wandel
- Lohnbestimmung

Die Kapitalfalle: Die hohen Kapitalsubventionen hielten unproduktive Unternehmen am Leben und führten zu einer Unterauslastung der Produktionskapazitäten. Diese Fehlinvestitionen verhinderten einen stärkeren Anstieg der Arbeitsproduktivität und machten so die ostdeutschen Arbeitnehmer abhängig von zusätzlichen Unterstützungsleistungen aus dem Westen.

Der Weg aus der Subventionsfalle führt nur über tiefgreifende und weitreichende Ar-

beitsmarktrefor-men, die zeitgleich einsetzen. Hierzu gehört der weitgehende Ersatz des Kündigungsschutzes durch Lohnabfindungen und die Einführung von Beschäftigungsgutscheinen oder Beschäftigungskonten.

Weiterführende Literatur

Merkel, Christian, und Dennis J. Snower (2006). The Caring Hand that Cripples: The East German Labor Market after Reunification. *American Economic Review. Papers and Proceedings* 96 (2): 375–382.

In der Subventionsfalle: Beschäftigte in Ostdeutschland 1990–2004 (1990 = 100 Prozent)



Das IfW im Überblick

Forschungsbereich Reform der Wohlfahrtsgesellschaft



Das Team

aus dem IfW

Dr. Alfred Boss

Dipl.-Kfm. Alessio J.G. Brown

Prof. Dr. Federico Foders

Christian Merkl, M.A.

Dipl.-Volksw. Frank Oskamp

Dr. Birgit Sander

Prof. Dennis J. Snower, Ph.D. (Leiter)

Dr. Klaus Schrader

assoziiert

Mag. Wolfgang Lechthaler

Dieser Forschungsbereich hat zwei Schwerpunkte:

- (1) die Messung ökonomischer Anreize, die durch den Sozialstaat bestimmt werden, und
- (2) die Analyse der Verhaltensweisen, die durch die Anreize ausgelöst werden.

Die Sozialpolitik wird breit definiert und umfasst alle Maßnahmen, die sich auf die folgenden Bereiche beziehen: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Humankapitalbildung sowie das Rentensystem. Die Arbeiten im Rahmen des Forschungsbereichs konzentrieren sich vornehmlich auf die Konzeption wirtschaftspolitischer Maßnahmen, die gleichzeitig die Effektivität und die Verteilungsgerechtigkeit erhöhen. Auf der Grundlage dieser Analyse sollen Vorschläge für eine Reform der Wohlfahrtsgesellschaft erarbeitet werden.

Die Forschung wird sich zunächst auf Deutschland konzentrieren. Mittelfristig soll ein internationales Forschungsnetzwerk aufgebaut werden, mit dem Ziel, die Wohlfahrtspolitik in verschiedenen Ländern zu vergleichen und „best practice“-Indikatoren zu entwickeln.

IfW-Highlight

Reduziert Auswanderung die Armut in GUS-Staaten?

Sowohl in der Wissenschaft als auch in der breiten Öffentlichkeit sind die Folgen von Einwanderung schon immer intensiv diskutiert worden. Welche Effekte Auswanderung jedoch für die Herkunftsländer der Migranten hat, darüber ist bis heute relativ wenig bekannt. Genau dies ist das Thema eines Projektes im Forschungsbereich „Armutsminderung, Verteilung und Entwicklung“. Der regionale Fokus der Analyse liegt auf den GUS-Staaten in Osteuropa und Zentralasien. Auswanderung spielt dort eine besonders bedeutende Rolle: Ein Drittel aller Migranten aus Entwicklungsländern kommt aus dieser Region und hat Russland mittlerweile zum weltweit zweitwichtigsten Einwanderungsland nach den USA gemacht. Es überrascht daher nicht, dass, gemessen am Bruttosozialprodukt der GUS-Länder, die Rücküberweisungen der Migranten in ihre Heimat eine enorme Bedeutung erreicht haben. In vielen GUS-Staaten hat sich die Arbeitsmigration, vor allem nach Russland, in geringerem Maße auch nach Westeuropa, als eine weit verbreitete Strategie zur Bewältigung wirtschaftlicher Not etabliert.

Im Mittelpunkt des Forschungsvorhabens steht deshalb die Frage, welchen Beitrag Arbeitsmigration und die damit verbundenen Rücküberweisungen in die Heimatländer zur Armutsreduzierung und wirtschaftlichen Erholung der GUS-Staaten leisten. Untersucht wird dies insbesondere für den Fall Moldawien. Moldawien, das ärmste europäische Land, ist der GUS-Staat, in dem Migration bei Männern wie bei Frauen zum Massenphänomen geworden ist. Mittlerweile verdienen 30 Prozent der erwerbsfähigen Personen ihr Geld zumindest einen Teil des Jahres im Ausland. Die meisten Migranten werden von der Armut im ländlichen Raum auf die Baustellen im boomenden Russland, insbesondere in Moskau, getrieben. Personen aus etwas besser gestellten Verhältnissen finden jedoch auch – zumeist illegal – Zugang zu den Arbeitsmärkten in EU-Ländern, wo sie überwiegend in Pflegeberufen und (wie in Russland) auf dem Bau tätig sind. Die Rücküberweisungen der moldawischen Emigranten betragen inzwischen etwa

AUTOREN PORTRÄT



Dr. Matthias Lücke

*Koordinator Öffentliche Güter und Wirtschaftspolitik
Leiter des Zentrums
Fördermittel*

*Forschungsbereich
Armutsminderung, Verteilung und Entwicklung*

*Projektbereich
Beyond Europe – externe Dimensionen der europäischen Integration*

Telefon (0431) 8814-497
E-Mail matthias.luecke@ifw-kiel.de

Expertise

Gegenwärtige Forschungsschwerpunkte

- Wachstums- und Verteilungseffekte von Arbeitsmigration in den Heimatländern
- Ressourcenbasierte Entwicklung
- Globalisierung, technologischer Wandel und die Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften

Weitere Expertise

- Außenhandelspolitik
- Welthandelssystem
- WTO-Beitritt

AUTOREN PORTRÄT



**Toman Omar Mahmoud
M.Sc.**

*Forschungsbereich
Armutsminderung, Verteilung und Entwicklung*

*Zentrum
E-Journal Projekt*

Telefon (0431) 8814-471
E-Mail toman.mahmoud@ifw-kiel.de

Expertise

Gegenwärtige Forschungsschwerpunkte

- Ländliche Entwicklung
- HIV/AIDS
- Migration

Weitere Expertise

- Entwicklungsmikroökonomie
- Mikroökonomische Analyse von Haushaltsdaten

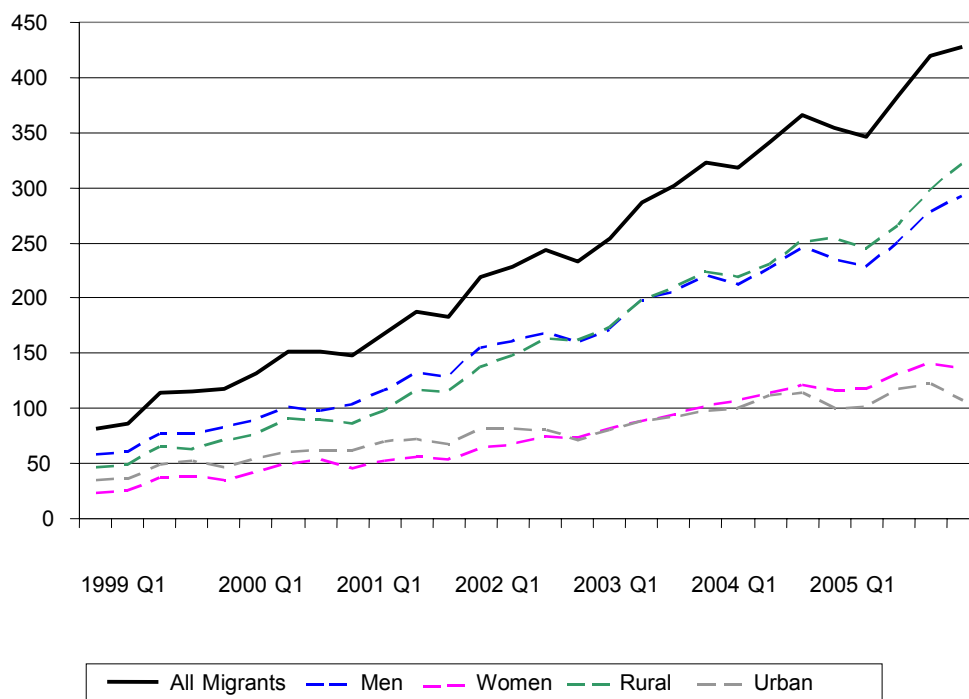
ein Drittel des gesamten Bruttosozialproduktes Moldawiens.

Wie vor diesem Hintergrund zu erwarten ist, sind die direkten Effekte, also die für die privaten Haushalte, groß. Haushalte mit Migranten können ihre Konsumausgaben durch die Rücküberweisungen stark steigern. Vielen gelingt dadurch der Sprung aus der Armut. Zudem gibt es zaghafte Anzeichen, dass ein Teil des zusätzlichen Einkommens produktiv investiert wird. Familien mit Migranten im Ausland scheinen vermehrt kleine und mittlere Unternehmen zu gründen und ihre Kinder verstärkt zum Studium zu schicken. Natürlich gibt es auch eine Kehrseite dieser Entwicklung. Da die meisten Migranten ohne ihre Familie in die Ferne ziehen, muss eine wachsende Zahl von Kindern zumindest einen Teil des Jahres von ihren Eltern getrennt aufwachsen. Außerdem arbeiten viele Migranten besonders in Russland unter prekären Ar-

beitsbedingungen und sind der Willkür staatlicher Behörden ausgesetzt.

Neben den beschriebenen direkten Effekten spielen auch die indirekten (gesamtwirtschaftlichen) Effekten von Emigration und Rücküberweisungen eine wichtige Rolle. Denn Auswanderung und Rücküberweisungen haben ein derartiges Ausmaß erreicht, dass davon auszugehen ist, dass die wirtschaftlichen Folgen nicht nur die Migrantenhaushalte selbst, sondern auch die Nichtmigrantenhaushalte treffen – z.B. durch einen entspannteren moldawischen Arbeitsmarkt, durch mehr Nachfrage nach nichthandelbaren Gütern und Dienstleistungen sowie durch höhere Importe und die damit verbundenen zusätzlichen Steuereinnahmen. Welche Effekte diese veränderten Angebots- und Nachfragestrukturen auf die gesamte Einkommensverteilung und somit auf die Entwicklung Moldawiens haben, gilt es nun zu analysieren.

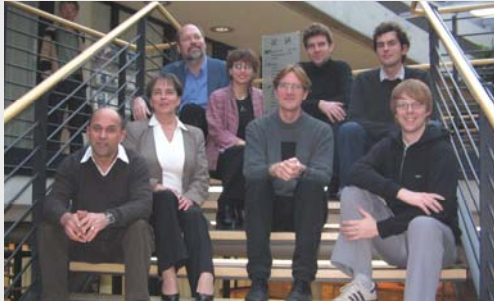
Anzahl der Arbeitsmigranten in Moldawien 1999–2005 (in 1 000)



Quelle: Labour Force Survey, National Bureau of Statistics of the Republic of Moldova.

Das IfW im Überblick

Forschungsbereich **Armutsminderung, Verteilung und Entwicklung**



Das Team

Terence Huw Edwards, M.A.
 Christiane Gebühr
 drs. Dennis Görlich
 Jennifer Golan, M.Sc.
 Dipl.-Volksw. Jann Lay
 Dr. Matthias Lücke
 Toman Omar Mahmoud, M.Sc.
 Dr. Rainer Schweickert
Dr. Rainer Thiele (Leiter)
 Natalia Trofimenko, M.A.
 Dr. Manfred Wiebelt

Beschleunigtes Wirtschaftswachstum gilt weithin als Voraussetzung für Armutsminderung: In Zeiten schnellen Wirtschaftswachstums erzielten die meisten Entwicklungsländer Erfolge bei der Verringerung der Armut. Das Ausmaß der durch Wirtschaftswachstum erreichten Armutsminderung schwankt beträchtlich zwischen Ländern und über die Zeit. Aus dieser Beobachtung resultiert das Konzept des breitenwirksamen Wachstums, das in unserem Forschungsprogramm eine zentrale Rolle spielt, wobei die alles umfassende Frage lautet: „Wie kann breitenwirksames Wachstum erreicht werden?“. Die Beantwortung dieser Frage erfordert eine detaillierte Analyse der Interaktionen zwischen Wachstum, Armut und Einkommensverteilung. Im Fokus liegen drei Themenbereiche:

- (1) die Rolle landwirtschaftlichen Wachstums und ländlicher Entwicklung bei der Armutsminderung,
- (2) die Herausforderung der Teilhabe der Armen am Nutzen des Rohstoffreichtums,
- (3) die Auswirkungen der Globalisierung – insbesondere von Handelsintegration und Gastarbeiterüberweisungen – auf Wachstum, Ungleichheit und Armut.

Zur Förderung der internationalen Forschungszusammenarbeit im Bereich des breitenwirksamen Wachstums unterhält die Forschungsgruppe das „Poverty Reduction, Equity, and Growth (PEG) Network“.

Das IfW im Überblick

Forschungsbereich Klima und Energie



Das Team

Dipl.-Wirtschaftsing. Michael Hübler
 Angela Husfeld
 Adriana Ignaciuk
 Prof. Gernot Klepper, Ph.D.
Dr. Sonja Peterson (Leiterin)
 Dipl.-Volksw. Dipl.-Kfm. Wilfried Rickels
 Edwin van der Werf, M.Sc.

Die Verbrennung fossiler Brennstoffe hat die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre in den letzten 100 Jahren drastisch ansteigen lassen. Der beginnende, durch den Treibhauseffekt verursachte, und zukünftig sich verstärkende Klimawandel wird maßgeblich von der Struktur der Energieversorgung in der Weltwirtschaft bestimmt. Die Staatengemeinschaft hat sich in der Klimarahmenkonvention dazu verpflichtet, eine gefährliche Veränderung des Klimas durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden. Die Herausforderung besteht darin, die Energieversorgung langfristig von ihrer Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu entkoppeln. Mittel- und kurzfristig geht es darum, das Wachstum der energiebedingten Treibhausgasemissionen zu bremsen und Anreize, für alternative, weniger energieintensive Produktionsverfahren zu schaffen.

Der Forschungsbereich „Klima und Energie“ konzentriert sich auf das komplexe Zusammenspiel von Energienachfrage, Angebot an erschöpfbaren fossilen Energieträgern und klimapolitischen Zielsetzungen. Dabei wird insbesondere berücksichtigt, dass sich die verschiedenen Volkswirtschaften in

ihren Technologien und in ihrer Energieintensität auf sehr unterschiedlichen Niveaus befinden und sich durch internationalen Güter- und Faktorhandel Chancen für effiziente Klimapolitik bieten. Darüber hinaus spielen Innovationen eine wichtige Rolle, weil sie helfen, die Energieeffizienz zu erhöhen, weil sie neue Energieformen entwickeln können und weil sie durch Sequestrierung zur Vermeidung von Emissionen durch fossile Brennstoffe führen können. Zudem sind wichtige Strategien eines globalen Kohlenstoffmanagements (erneuerbare Energien, Sequestrierung von CO₂, Emissionsreduktionen der Landwirtschaft) eng mit Landnutzungsfragen verbunden, die deshalb im Forschungsbereich „Klima und Energie“ ebenfalls behandelt werden.

Wichtige zu untersuchende Forschungsfragen sind:

- Welche wirtschaftlichen Auswirkungen hat die Kontrolle von Treibhausgasemissionen auf die Allokation und Verteilung von Gütern und Faktoren?
- Welche Rolle können Innovationen und Technologietransfer im Energiesektor für die Klimapolitik spielen?
- Welche Faktoren bestimmen die Entwicklung und den Einsatz nichtfossiler, alternativer Energieträger?
- Welche Landnutzungskonflikte sind im Rahmen eines globalen Kohlenstoffmanagements zu erwarten und wie lassen sie sich lösen?

IfW-Highlight

Was kostet uns der Klimawandel?

Der Sommer 2003 mit vermutlich 25 000 bis 35 000 hitzebedingten Todesopfern in Europa und davon über 7 000 in Deutschland war ein deutliches Alarmsignal dafür, dass die durch den Klimawandel bedingten steigenden Temperaturen zu gesundheitlichen Risiken führen können. Diese gesundheitlichen Risiken verursachen volkswirtschaftliche Kosten, die unter anderem auf der Behandlung hitzebedingter Krankheiten und den Verlust an körperlicher Leistungsfähigkeit beruhen. Ziel einer gemeinsam mit dem deutschen Wetterdienst für den WWF (World Wide Fund For Nature) durchgeführten Studie war es, die vorhandene Literatur auszuwerten und zu prüfen, welche möglichen Auswirkungen der Klimawandel in Deutschland bis zum Ende des 21. Jahrhunderts auf die Gesundheit hat und welche Kosten damit verbunden sind.

Basierend auf den regional hochaufgelösten Klimadaten des REMO-Modells wurden zunächst für den Zeitraum 2071–2100 Szenarien für die Zunahme der Tage mit Hitzebelastung in Deutschland erstellt. Die Abbildung zeigt die zusätzlichen Hitzetage durch Klimawandel in einem Szenario mit mittlerem Emissionsanstieg. Man erkennt, dass in Deutschland ein regional unterschiedlicher und be-

AUTOREN
PORTRÄT

**Dipl.-Wirtschaftsing.
Michael Hübler**

Forschungsbereich
Klima und Energie

Arbeitsgruppe
Web and Net

Telefon (0431) 8814-401
E-Mail michael.huebler@ifw-kiel.de

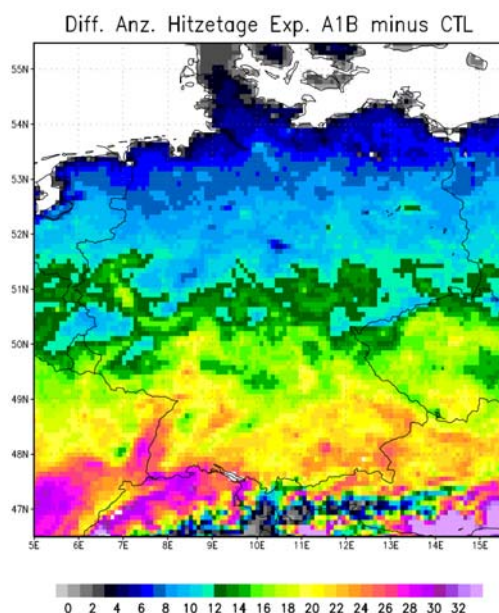
Expertise

Gegenwärtige Forschungsschwerpunkte

- Gesundheitswirkungen der globalen Erwärmung
- Internationaler Technologietransfer, Innovation und deren Auswirkung auf Energieverbrauch und Emissionen
- Ökonometrische Analyse und Programmierbare Allgemeine Gleichgewichtsmodelle (CGE)

sonders im Süden und Südwesten beträchtlicher Anstieg an Tagen mit starker und extremer Hitzebelastung zu erwarten ist.

Zusätzliche Hitzetage durch Klimawandel



Differenz der durchschnittlichen Anzahl an Tagen pro Jahr mit (starker und extremer) Hitzebelastung zwischen dem REMO-Experiment (IPCC-Szenario A1B, 2071–2100) und dem Kontrolllauf (1971–2000). Die Hitzebelastung nimmt von Norden nach Süden zu. In Großstädten wie Hamburg, Berlin und München wird der Hitzeinseleffekt deutlich (höhere Temperaturen in Ballungsgebieten).

Anschließend wurde der Zusammenhang zwischen Hitzeperioden und hitzebedingten Todesfällen untersucht, wobei auch der demografische Wandel berücksichtigt wurde. Zum Ende des 21. Jahrhunderts werden nach unseren Hochrechnungen auf Basis der Hitzeperiode von 2003 und einer Analyse von Daten über einen Zeitraum von 30 Jahren in Baden-Württemberg zwischen 5 000 und 15 000 zusätzliche Todesfälle pro Jahr auftreten, wenn keine Anpassungsmaßnahmen vorgenommen werden. Zu einem großen Teil ist dieser Anstieg auf die zunehmende Zahl älterer Menschen zurückzuführen, die besonders

durch Hitzebelastung gefährdet sind. Dieses Gefährdungspotenzial während des Sommers übertrifft unserer Modellrechnung zufolge die möglichen positiven Effekte durch eine geringere Kältebelastung im Winter. Die Krankheitskosten werden unter der Annahme heutiger Kostenstrukturen im Zeitraum 2071–2100 um 300–700 Millionen Euro pro Jahr steigen.

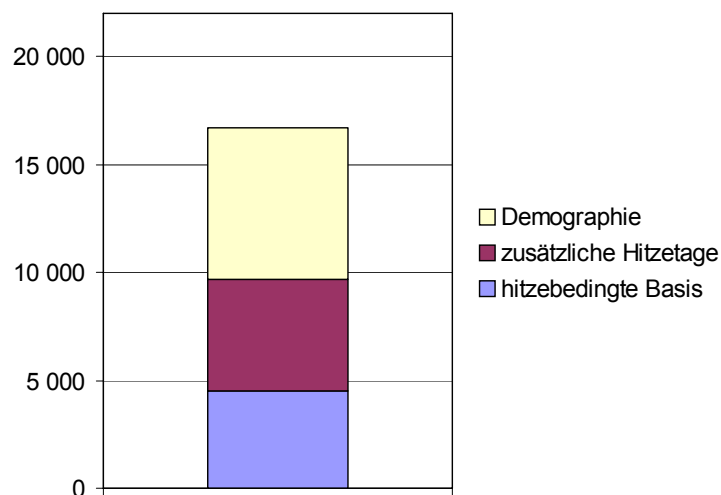
Weitaus höhere volkswirtschaftliche Kosten drohen durch die hitzebedingte Leistungsminderung. Medizinische Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen Hitzebelastung und Leistung kommen zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen. Auf der Grundlage dieser Bandbreite von Ergebnissen ist mit einem Verlust an wirtschaftlicher Leistung zwischen 0,1 Prozent und 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu rechnen. Eine erfolgreiche Vermeidung von Emissionen könnte die wirtschaftlichen Einbußen aus dem Verlust an Leistungsfähigkeit auf etwa die Hälfte reduzieren.

Erfolgreiche Anpassungsmaßnahmen an steigende Temperaturbelastungen, die in der Studie nicht berücksichtigt werden konnten, würden die Gesundheitskosten des Klimawandels deutlich verringern. Eine natürliche Akklimatisierung, eine persönliche Verhaltensänderung, eine verbesserte Betreuung Älterer und Kranker, eine Einführung moderner Hitzefrühwarnsysteme, ein verstärkter Einbau von Ventilations-, Belüftungs- und Klimaanlage, eine verbesserte Gebäudeisolation und eine Berücksichtigung der Sonneneinstrahlung und Wärmebelastung in der Gebäude- und Städteplanung könnten den Verlust an volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit wirksam begrenzen.

Weiterführende Literatur

Hübler, Michael, und Gernot Klepper (2007). Kosten des Klimawandels: Die Wirkung steigender Temperaturen auf Gesundheit und Leistungsfähigkeit. Eine Studie für den WWF Deutschland. Frankfurt am Main.

Anzahl der Todesopfer pro Jahr



Durchschnittliche Anzahl hitzebedingter Todesopfer pro Jahr im Prognosezeitraum 2071–2100.

Das IfW im Überblick

Projektbereich Instrumente der Umweltpolitik



Das Team

Prof. Gernot Klepper, Ph.D. (Leiter)
Dr. Sonja Peterson

Viele Umweltressourcen verursachen Allokationsprobleme, weil Nichtrivalität in ihrer Nutzung oder fehlende Ausschlussprinzipien zu Marktversagen führen. Die Internalisierung dieser externen Effekte stellt eine der zentralen Herausforderungen der nationalen und internationalen Umweltpolitik dar. Die Kontrolle lokaler Umweltprobleme, die einer nationalen Autorität unterliegen, kann durch hoheitliche Maßnahmen auf unterschiedliche Art und Weise reguliert werden. Bei grenzüberschreitenden und bei globalen Umweltexternalitäten hingegen stellen sich an die Umweltpolitik weitergehende Herausforderungen, da in der Regel keine supranationale Autorität umweltpolitische Maßnahmen durchsetzen kann. Für einen zielgerichteten Einsatz umweltpolitischer Instrumente ist die Kenntnis teilweise komplexer Beziehungen zwischen Emissionen und Immissionen von großer Bedeutung. Die Auswahl von Instrumenten sollte dieser Tatsache durch eine interdisziplinäre Ausrichtung der Forschung Rechnung tragen.

Der Umweltpolitik steht eine ganze Reihe von Instrumenten zur Verfügung, deren Auswahl unterschiedliche Wirkungsreaktionen in Gang setzt. Die Instrumente unterscheiden sich bezüglich der ökonomischen Effizienz, der ökologischen Effektivität, der Verteilungsinzidenz, der administrativen Durchführbarkeit und ihrer öffentlichen Akzeptanz. Die Forschung zu umweltpolitischen Instrumenten soll dabei die ökonomische Theorie als methodische Basis benutzen und diese mit der anwendungsorientierten Ausrichtung umweltpolitischer Instrumentenwahl verknüpfen. Die Abwägung zwischen den verschiedenen Zielen der ökonomischen Effizienz, der Effektivität, der Verteilungsgerechtigkeit und der administrativen und politischen Umsetzbarkeit wird Gegenstand der Forschung sein. Umweltpolitische Instrumente sind nur ein Bestandteil umfänglicher staatlicher Regulierungen. Die Interaktion und die Zielkonflikte des Instrumenteneinsatzes für die verschiedenen politischen Ziele sollen deshalb verstärkt erforscht werden.

Wichtige zu untersuchende Forschungsfragen sind:

- Welche Allokations- und Verteilungswirkungen haben neue marktwirtschaftliche Instrumente im Umweltschutz?
- Welche Rolle spielt die Information über komplexe Umweltbeziehungen bei der Umweltpolitik?
- Wie können globale Umweltprobleme durch kooperative Mechanismen kontrolliert werden?
- Wie können komplexe Interaktionen von Umweltmedien in der Instrumentenwahl berücksichtigt werden?
- Wie können Instrumente sinnvoll verbunden werden, um eine effektive Umweltnutzung zu gewährleisten, wenn gleichzeitig multiple Zielsetzungen berücksichtigt werden müssen?

IfW-Highlight

Aktienbaisse und Geldnachfrage im Euroraum

Am 8. Mai 2003 verkündete die Europäische Zentralbank (EZB) die Revision ihrer bisherigen geldpolitischen Zwei-Säulen-Strategie. Sie wurde von den meisten Beobachtern als eine Schwächung der monetären Säule interpretiert. Die Revision mag zum Teil dadurch motiviert gewesen sein, dass das Wachstum der Geldmenge M3 seit dem Ende des Jahres 2001 den Referenzwert der EZB um mehr als 2,5 Prozentpunkte überschritten hatte. Zur gleichen Zeit hatte die EZB ihren Eckzinssatz von 4,25 Prozent im August 2001 auf 2 Prozent im Juni 2003 gesenkt, obwohl doch das monetäre Wachstum eine Zinsanhebung nahe legte.

Die EZB begründete ihr Vorgehen mit den enormen Umschichtungen vom Aktienmarkt zu sichereren und liquideren Anlageformen infolge des Aktienkursrückgangs und der erhöhten Unsicherheit auf den globalen Finanzmärkten. Diese Umschichtungen würden rückgängig gemacht, sobald die Aktienkurse wieder stiegen und die Unsicherheit zurück ginge, so dass die vorübergehend übermäßige Liquiditätsausstattung des Euro-raums keine Gefahr für die Preisstabilität darstelle.

Diese Argumentationslinie stellt allerdings die Stabilität der Geldnachfrage in ihrer herkömmlichen Spezifikation in Frage – und damit die

AUTOREN **PORTRÄT**

Dr. Kai Carstensen

Koordinator
 Makroökonomische Aktivitäten
 und Finanzmärkte

Leiter des Forschungsbereichs
 Geldpolitik

Forschungsbereiche
 Makroökonomische Stresstests
 Prognose-Zentrum

Zentren
 E-Journal Projekt
 Forschungsveranstaltungen

Telefon (0431) 8814-258
 E-Mail kai.carstensen@ifw-kiel.de

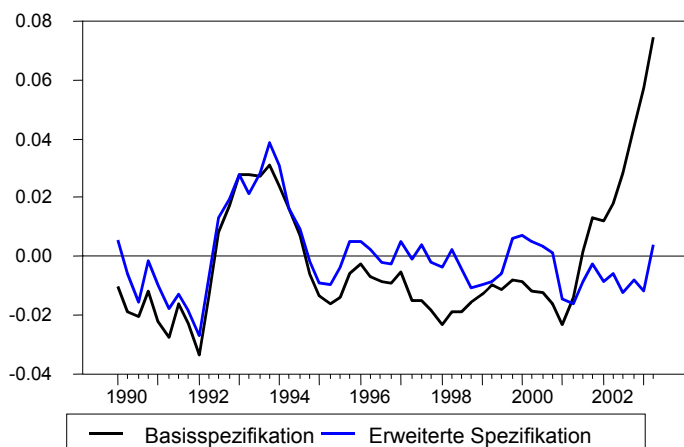
Expertise
Gegenwärtige Forschungsschwerpunkte

- Geldpolitik
- Makroökonomische Schocks
- Konjunkturanalyse
- Echtzeitprognosen

Weitere Expertise

- Ökonometrische Methoden für kleine Stichproben

grundsätzliche Eignung von Geldmengenaggregaten für die geldpolitische Analyse. Aus dieser Perspektive wäre auch die Herabgewichtung der monetären Säule verständlich.

Geldüberhang im Euroraum von 1990Q1 bis 2003Q2


Um das für die Strategie der EZB zentrale Problem der Stabilität der Geldnachfrage im Euroraum zu untersuchen, werden die herkömmliche Basis-spezifikation der realen Geldnachfrage und eine um zwei Aktienmarktvariablen erweiterte Spezifikation getestet.

Es zeigt sich, dass die herkömmlich berechnete Geldnachfrage instabil geworden ist. Folglich können davon abgeleitete Maße der Überschussliquidität nicht

mehr sinnvoll für die geldpolitische Analyse verwendet werden. Beispielhaft sei hier der Geldüberhang im Euroraum dargestellt. Der Geldüberhang wird berechnet als der Teil der Liquidität, der nicht durch die Bestimmungsfaktoren der Geldnachfrage erklärt werden kann. Technisch gesehen handelt es sich daher um ein Residuum. Der aus der Basis-spezifikation berechnete Geldüberhang zeigt gegen Ende des Beobachtungszeitraums eine erhebliche Überschussliquidität und damit die Notwendigkeit einer schnellen geldpolitischen Reaktion an. Dagegen verhält sich

die um Aktienmarktindikatoren erweiterte Spezifikation unauffällig und stützt dadurch die Argumentation der EZB, dass die stark gestiegene Liquiditätsausstattung der Jahre 2002 und 2003 eine Folge der Aktienbaisse und der globalen Unsicherheit war.

Weiterführende Literatur

Carstensen, Kai (2006). Stock Market Downswing and the Stability of European Monetary Union Money Demand. *Journal of Business and Economic Statistics* 25 (4): 395–402.

IfW-Highlight

Nur Taten zählen? Die Auswirkungen von Zentralbankankündigungen auf die Finanzmärkte

Beeinflussen Ankündigungen der EZB die Markterwartungen im Hinblick auf die zukünftige Richtung ihrer Geldpolitik? Und wenn ja, wie lange dauert es, bis solche Mitteilungen vollständig in den Finanzmarktkursen eingepreist sind? Unsere Analysen legen nahe, dass schon ein Unterschied zwischen dem erwarteten und dem tatsächlichen Ton auf der Pressekonferenz nach einer Sitzung des Zentralbankrats eine beträchtliche und schnelle Reaktion der Kurse von Euribor Terminkontrakten hervorruft, wobei die Anpassung in der Regel in weniger als einer Stunde abgeschlossen ist.

Die Beobachtung, dass die Marktteilnehmer überhaupt auf Zentralbankankündigungen reagieren, mag für die akademische Forschung einigermaßen überraschend sein, vor allem im Licht der bahnbrechenden Arbeiten von Kydland und Prescott (1977), für die sie 2004 den Nobelpreis bekommen haben. Sie zeigen nämlich, dass Zentralbanken vor dem Problem der Zeitinkonsistenz stehen – im Gleichgewicht brechen sie in bester Absicht systematisch alle früheren Versprechen – und dass ihre Ankündigungen daher am besten ignoriert werden sollten.

Zudem ist Offenheit ein sehr junger Charakterzug von Zentralbanken. So ist es erst 20 Jahre her, dass William Greider sein vielbeachtetes Buch „Secrets of the Temple“ über die Federal Reserve Bank der USA publizierte. Tatsächlich war es zu jener Zeit bei vielen Zentralbanken üblich, die eigene Geldpolitik vor allem mit Verschwiegenheit zu begleiten. Inzwischen jedoch betonen mehr und mehr Zentralbanken die Notwendigkeit verbaler Kommunikation, um die Märkte frühzeitig über den sich abzeichnenden geldpolitischen Kurs zu informieren. Dies gilt insbesondere für die EZB, die nach jedem Treffen des Zentralbankrates eine sehr informative Pressekonferenz abhält, und für Finanzmärkte, zunehmend aber auch für die Bank of England und für die Federal Reserve Bank.

AUTOREN PORTRÄT

Carlo Rosa, Ph.D.



Forschungsbereich
Geld- und Fiskalpolitik

E-Mail carlo.rosa@ifw-kiel.de

Carlo Rosa ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am IfW und Mitglied des makroökonomischen Programms am Centre for Economic Performance der London School of Economics.

Expertise

Gegenwärtige Forschungsschwerpunkte

- Zentralbanken
- Geldpolitik
- Makroökonomie
- Finanzmärkte

Doch obwohl die Zentralbanker mittlerweile viel Wert auf die Kommunikation mit den Märkten legen, ist der Zusammenhang zwischen den Worten und Taten einer Zentralbank bisher noch nicht systematisch untersucht worden. Dies gilt insbesondere für den Informationsgehalt der Worte, der mit der Reaktion der Finanzmärkte messbar ist.

Eine Analyse der minütlichen Effekte von Zentralbankverlautbarungen zeigt, dass die Marktteilnehmer auf *zwei unterschiedliche Arten* von Information reagieren. Um eine angemessene Beschreibung des tatsächlichen Zentralbankverhaltens zu gewährleisten, sind daher zwei Dimensionen zu unterscheiden: Entscheidungen bezüglich der Zentralbankinstrumente, also *Taten*, sowie Erläuterungen und Ankündigungen, also *Worte*.

Die Analyse der Informationspolitik der EZB bietet dabei den Vorteil, dass der Zentralbankrat zu zwei unterschiedlichen Zeitpunkten desselben Tages zunächst seine Zinsentscheidung mit einer Pressemitteilung um

12:45 GMT bekannt gibt und danach im Rahmen einer um 13:30 GMT beginnenden Pressekonferenz die aktuelle Entscheidung sowie den zukünftigen geldpolitischen Pfad erläutert. Daher ist die Pressekonferenz für Finanzmarktakteure von besonderem Interesse, um Erwartungen bezüglich des zukünftigen Zinsverlaufs bilden zu können.

Mithilfe von hochfrequenten Innertagesdaten kann diese institutionelle Gegebenheit genutzt werden, um die Effekte eines überraschenden geldpolitischen Impulses, also einer unerwarteten Zinsänderung, von den Auswirkungen einer unvorhergesehenen geldpolitischen Ankündigung, beispielsweise einer zukünftigen Zinsänderung, zu unterscheiden. Dies sei anhand eines Beispiels illustriert. Als Indikator wird dabei der Dreimonats-Terminkontrakt des Euribor am 6. April 2006, einem Sitzungstag des Zentralbankrats, verwendet. Die Finanzmarktakteure hatten richtigerweise einen unveränderten Eckzins antizipiert, so dass bei Bekanntgabe dieser Zinsentscheidung um 12:45 Uhr auch praktisch keine Marktreaktion zu beobachten war. Dagegen fiel der Terminzins gegen 13:50 Uhr deutlich. Alles ging dabei sehr schnell: um 13:33 Uhr lag der ins noch bei 3.085, um 13:56 Uhr war er schon auf 2.980 gesunken, also um mehr als zehn Basispunkte. Was war geschehen?

In seinen einleitenden Bemerkungen hatte der Präsident der EZB, Jean-Claude Trichet, das Schlüsselwort „große Wachsamkeit“ nicht

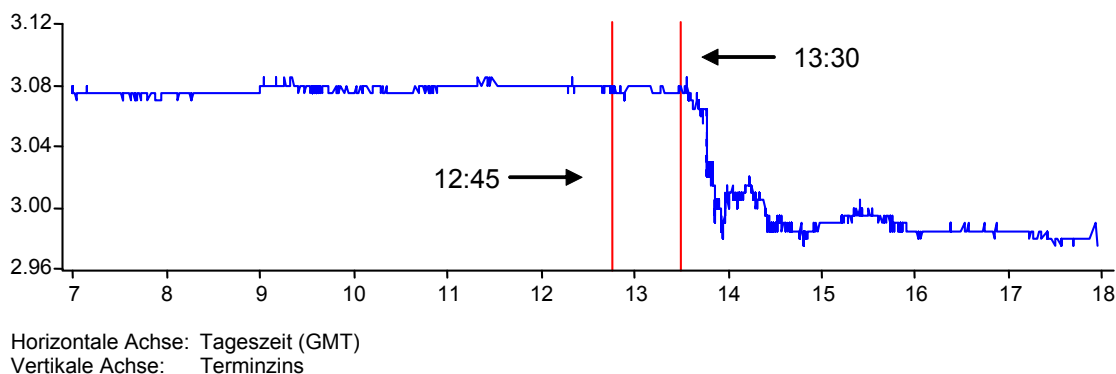
verwendet, das als Indikator für wahrscheinliche Zinsanhebungen in der nahen Zukunft interpretiert wird. Dies war ein erheblicher Ankündigungsschock für die Händler in London, die eine solche Zinsanhebung schon in ihre Kurse eingepreist hatten. Endgültige Klarheit erhielten sie durch die Nachfrage eines Journalisten, ob die Nichtverwendung des Wortes Wachsamkeit beabsichtigt gewesen sein. Darauf antwortete Trichet: „Es ist richtig, Wachsamkeit wurde nicht in den einleitenden Bemerkungen verwendet, wie Sie klugerweise bemerkt haben.“ Die heftige Reaktion der Finanzmärkte ist leicht an dem Verlauf des Terminzinses ablesbar.

Obwohl für dieses Beispiel ein außergewöhnlich deutlicher Fall gewählt wurde, ist auch im Durchschnitt nachweisbar, dass die EZB in der Lage ist, allein durch Ankündigungen, also Worte, Finanzmarktpreise zu beeinflussen. Um die Glaubwürdigkeit ihrer Worte zu bewahren, muss die EZB allerdings ihre eigenen Ankündigungen befolgen, also ihren Worten auch immer Taten folgen lassen. Nur dann wird sie auch in Zukunft die Märkte mit Worten bewegen können.

Weiterführende Literatur

Rosa, Carlo, und Giovanni Verga (2006). The Impact of Central Bank Announcements on Asset Prices in Real Time: Testing the Efficiency of the Euribor Futures Market. CEP Discussion Paper, 764. Centre for Economic Performance, LSE, London.

Die Entwicklung des Euribor-Terminpreises am 6. April 2006



Das IfW im Überblick

Forschungsbereich Geldpolitik



Das Team

Dr. Kai Carstensen (Leiter)
 drs Jonas Dovern
 Ute Heinecke
 Felix Hammermann
 Christian Merkl, M.A.
 Prof. Dennis J. Snower, Ph.D.
 Carlo Rosa, Ph.D.
 Dr. Mewael F. Tesfaselassie
 Dr. Rainer Schweickert

Dieser Forschungsbereich bearbeitet zwei große Projekte: (1) optimale Geldpolitik und tatsächliche Implementierung und (2) die Auswirkungen geldpolitischer Aktionen auf die Gesamtwirtschaft. Diese beiden Projekte sind eng miteinander verknüpft, nicht zuletzt weil die Bewertung tatsächlich durchgeführter Geldpolitik und die Ableitung optimalen Zentralbankverhaltens generell im Hinblick auf ihre gesamtwirtschaftlichen Effekte durchgeführt werden.

(1) Das erste Projekt befasst sich mit der Frage, wie Zentralbankverhalten und Geldpolitik konzipiert sein sollten und wie dies in die Praxis umgesetzt werden kann. Dabei gilt ein spezieller Fokus der Europäischen Zentralbank (EZB). Dabei geht es um Kernpunkte wie die Zentralbankkommunikation und den Einfluss unvollständiger Zentralbankinformationen. Es werden insbesondere folgende Forschungsfragen gestellt:

- Wie transparent sollte eine Zentralbank sein? Sollte sie insbesondere ihre internen Prognosen veröffentlichen?
- Welches sind die Auswirkungen von Modellunsicherheit und Lernprozessen auf die optimale Geldpolitik?

- Ist die Zwei-Säulen-Strategie der EZB sinnvoll?
- Wie reagiert die EZB auf gesamtwirtschaftliche Signale? Und hier: auf welche Signale?
- Welche Dimensionen von Zentralbankaktionen gibt es? Lässt sich neben dem Zinskanal noch ein Kommunikationskanal ausmachen?
- Was können wir aus Umfragedaten über die Dynamik der Inflationserwartungen lernen? Was bedeutet dies für die (optimale) Geldpolitik?

(2) Das zweite Projekt analysiert den Transmissionsmechanismus und die Effektivität der Geldpolitik in einer Welt mit Rigiditäten und Marktunvollkommenheiten. Ausgangspunkt ist die beobachtete Inflationpersistenz, die mit neuklassischen Standardmodellen nicht hinreichend erklärt werden kann. Die Ausstattung dieser Modelle mit realistischen Eigenschaften wie unvollständigem Wettbewerb und Arbeitslosigkeit soll dazu dienen, die Inflationpersistenz besser erklären zu können. Dazu werden insbesondere folgende Forschungsfragen gestellt:

- Wie sehen die mittel- und langfristigen Effekte der Geldpolitik auf die Realwirtschaft aus?
- In welchem Ausmaß beeinflusst unvollkommener Wettbewerb die Wirksamkeit der Geldpolitik?
- In welchem Ausmaß beeinflusst Arbeitslosigkeit, hervorgerufen durch Effizienzlöhne und Lohnverhandlungen, die Wirksamkeit der Geldpolitik?
- Wie interagieren angebotsseitige Rigiditäten mit den realen Effekten der Geldpolitik?

Das IfW im Überblick

Forschungsbereich Makroökonomische Stresstests



Das Team

drs Jonas Dovern
 Margitta Führmann
 Thomas Kick
 Karin Kristahl
Dr. Carsten-Patrick Meier (Leiter)

Im Forschungsbereich Makroökonomische Stresstests sollen insbesondere folgende Fragen beantwortet werden:

- Wie reagiert das deutsche Bankensystem auf besonders ausgeprägte negative gesamtwirtschaftliche und/oder finanzwirtschaftliche Entwicklungen?
- Welche Kombinationen makroökonomischer Schocks stellen eine Bedrohung für die Stabilität des Bankensystems dar?

Immer wieder zeigt sich, dass Bankensysteme Vertrauenskrisen ausgesetzt sind. Häufig werden diese Krisen ausgelöst durch makroökonomische Schocks wie etwa einen Börsencrash oder einen Einbruch der Konjunktur. Aus institutionellen Gründen gehen einzelne Banken immer wieder Risiken ein, die über das sonst übliche Maß hinausgehen (Moral Hazard). Dies macht das Bankensystem insgesamt dafür anfällig, durch makroökonomische Schocks ins Wanken zu geraten. Eine mögliche Folge ist der so genannte

„Domino-Effekt“ – sei es dadurch, dass zwischen den Banken Kreditbeziehungen bestehen, oder sei es dadurch, dass Anleger die Schwierigkeiten einer Bank als Signal für eine nachfolgende Krise aller Banken verstehen.

Das Moral-Hazard-Verhalten der Banken zu verhindern und Domino-Effekte zu begrenzen ist Ziel der Bankenaufsicht. Die dafür notwendigen Kenntnisse über den Zusammenhang zwischen den Risiken einzelner Unternehmen, der Gesamtwirtschaft und des Bankensystems sind allerdings in Bezug auf Deutschland bislang begrenzt. Vor allem fehlt es an einer umfassenden Darstellung des Zusammenhangs zwischen den Entscheidungen im Bankensystem auf der einen und der gesamtwirtschaftlichen Ebene auf der anderen Seite. Hier setzen die Arbeiten des Forschungsbereichs an. Ziel ist es, das mikroökonomische Verhaltensmuster der deutschen Banken in makroökonomische Modelle der deutschen Wirtschaft zu integrieren und damit die wesentlichen Wirkungskanäle und Rückkopplungseffekte zwischen beiden Bereichen abzubilden. Im Rahmen des so entstehenden „Mikro-Makro-Modells“ kann dann untersucht werden, wie das deutsche Bankensystem auf ungewöhnliche makroökonomische Datenkonstellationen reagiert („Stresstest“). Hierzu werden folgende Fragen gestellt:

- Wie sehen die mittel- und langfristigen Effekte der Geldpolitik auf die Realwirtschaft aus?
- In welchem Ausmaß beeinflusst unvollkommener Wettbewerb die Wirksamkeit der Geldpolitik?
- In welchem Ausmaß beeinflusst Arbeitslosigkeit (hervorgerufen durch Effizienzlöhne und Lohnverhandlungen) die Wirksamkeit der Geldpolitik?
- Wie interagieren angebotsseitige Rigiditäten mit den realen Effekten der Geldpolitik?

Das IfW im Überblick

Forschungsbereich Wissen, Ökonomische Geographie und Wachstum



Das Team

Carmen Andersson
 Dipl.-Volksw. Frank Bickenbach
 Dr. Eckhardt Bode
Dr. Dirk Dohse (Leiter)
 Dipl.-Volksw. Christiane Krieger-Boden
 Andrea Schäfer
 Prof. Dr. Rüdiger Soltwedel

In modernen Gesellschaften gehören die Entstehung, Ausbreitung und Anwendung neuen Wissens zu den wichtigsten Wachstumsmotoren. Wissensintensive und gut bezahlte ökonomische Aktivitäten wie Forschung und Entwicklung, zentrales Management oder Finanzmanagement sind jedoch nicht gleichmäßig im Raum verteilt, sondern zeigen eine starker Tendenz zur räumlichen Konzentration, oftmals auf einer supranationalen oder sogar globalen Ebene. Da Agglomerationszentren als Entstehungsorte von Innovation und Wachstum in nationalen Volkswirtschaften an Bedeutung gewinnen, wird vielfach die Befürchtung geäußert, dass regionale Einkommens- und Wachstumsunterschiede immer größer werden. Periphere Standorte oder sogar ganze Länder ohne herausragende Metropolen könnten ihre Wettbewerbsfähigkeit in der Produktion wissensintensiver Güter und Dienstleistungen einbüßen und hinsichtlich Wachstum und Wohlfahrt zurückfallen.

Vor diesem Hintergrund besteht die primäre Aufgabe des Forschungsbereichs *Wissen, ökonomische Geographie und Wachstum* darin, die räumliche Konzentration wissensintensiver Aktivitäten in der Weltwirtschaft zu untersuchen und deren mikro- und makroökonomischen Ursachen und Konsequenzen zu analysieren. Im Wesentlichen werden vier Forschungsziele verfolgt:

- (1) die Untersuchung der regionalen Verteilung wissensintensiver Industrien in Europa,
- (2) die Analyse des Zusammenhangs zwischen Agglomeration, Wissensausbreitung und Wachstum,
- (3) ein besseres Verständnis der Bedeutung des regionalen und institutionellen Umfeldes für Wissensentstehung, Wissensanwendung und Wissensausbreitung,
- (4) die Untersuchung von Politik-Optionen zur Förderung von Wachstum und Kohäsion in wissensbasierten Gesellschaften.

Das IfW im Überblick

Projektbereich Globale Gesundheitsökonomie

Das Team

Thi Mai Van Bui, M.Sc.
Sonja Petermann
Dr. Michael Stolpe (Leiter)

Der Projektbereich „Globale Gesundheitsökonomie“ beschäftigt sich mit der technologiegetriebenen globalen Gesundheitsökonomie, in der eine rein nationale Gesundheitspolitik oft nicht mehr effektiv oder effizient ist. Ziel dieses Projektes ist der Aufbau eines internationalen Netzwerks von

Ökonomen und führenden Forschern der Sozialmedizin. Die interdisziplinär agierende Forschungsgruppe befasst sich mit dem Einfluss von Globalisierung und Technologiewandel auf gesundheitsrelevantes Konsumentenverhalten, der Diskrepanz zwischen privaten und sozialen Anreizen in der Erzeugung und Anwendung neuen medizinischen Wissens und den sich daraus ergebenden Implikationen für die Organisation medizinischer Entscheidungen und der Gesundheitsversorgung.

Hierzu sind folgende Fragen zu klären:

- Wie lassen sich private und öffentliche Investitionen in die Gesundheit effizienter gestalten?
- Wie lassen sich Hindernisse beim Zugang zu Wissen und neuen Technologien beseitigen?
- Wie lässt sich die globale Gesundheitsökonomie zu einer globalen Triebkraft für wirtschaftliches Wachstum und Konvergenz der Lebensqualität im 21. Jahrhundert entwickeln?

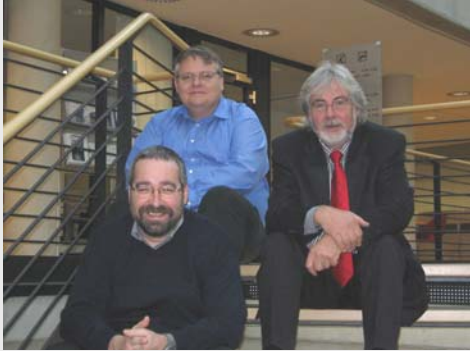
Die europäische Tradition der Gesundheitspolitik zeichnet sich durch ihre gleichzeitige Betonung von Gerechtigkeit und Effizienz aus. Es muss daher angenommen werden, dass sie zu einem Modell für die Entwicklung von Gesundheitssystemen in anderen Ländern werden kann – insbesondere in jenen asiatischen Ländern, in denen die soziale Kohäsion einen ähnlich hohen Stellenwert hat.

Allerdings ist bislang auch hier in Europa die öffentliche Wahrnehmung des Beitrags, den die Gesundheitsökonomie in der Vergangenheit zur Wohlfahrt der Menschen geleistet hat und in Zukunft leisten wird, stark verzerrt. Um ein zutreffenderes Bild zu zeichnen und die Politik für die große Bedeutung dieses Bereichs zu sensibilisieren, soll in diesem Forschungsbereich eine internationale Perspektive in der theoretischen und empirischen Analyse helfen,

- die Informationsgrundlage für Maßnahmen zu verbessern, die darauf abzielen, gesundheitsrelevantes Konsumentenverhalten zu beeinflussen,
- den Bedarf an Gesundheitsversorgung und Krankenversicherung genauer vorherzusagen, als es zum Beispiel Generationenkonten vermögen,
- neue Möglichkeiten und Grenzen einer grundlegenden Reform des Gesundheitswesens in Deutschland zu identifizieren,
- Möglichkeiten einer europäischen Integration in der Gesundheitsversorgung und auf Krankenversicherungsmärkten auszuloten und
- unser Wissen über die Möglichkeiten globaler Finanzmärkte zu erweitern, mehr als bisher zu einer optimalen Allokation gesundheitsbezogener Risiken innerhalb eines Landes und über Ländergrenzen hinweg beizutragen und die neue Rolle für Aufsichts- und Regulierungsbehörden zu definieren.

Das IfW im Überblick

Projektbereich Reform der Governance von öffentlichen Leistungen



Das Team

Dipl.-Volksw. Frank Bickenbach
Dipl.-Volksw. Henning Sichelschmidt
Prof. Dr. Rüdiger Soltwedel (Leiter)
Dr. Hartmut Wolf

Traditionell werden öffentliche Leistungen häufig entweder von den staatlichen Gebietskörperschaften selbst oder durch öffentliche Unternehmen bereitgestellt. Allerdings ist dieses Modell in vielen Sektoren und Ländern wegen hoher Kosten, geringer Qualität sowie starker Einschränkung der Konsumentensouveränität unter zunehmenden Druck geraten. In vielen Bereichen werden daher Bereitstellung (und Finanzierung) öffentlicher Leistungen einbezogen und der Wettbewerb zwischen verschiedenen (potentiellen) Anbietern wird gefördert.

Allerdings sind die internationalen Erfahrungen mit unterschiedlichen Modellen der Beteiligung privater Anbieter und der Einführung von Wettbewerb komplex und uneinheitlich. Dies deutet darauf hin, dass Privatisierung und Liberalisierung bei öffentlichen Leistungen mit substantiellen Vorteilen und potentiellen Gefahren verbunden sind, deren relatives Gewicht sowohl von der jeweiligen Dienstleistung als auch den gewählten Steuerungsmodellen (Governance-Strukturen) und wohl auch von

von den allgemeinen ökonomischen und institutionellen Gegebenheiten abhängen. Ziel der Forschung in diesem Projektbereich ist es, die Erfolgsfaktoren leistungsfähiger institutioneller Arrangements zu identifizieren und auf diese Weise Regierungen und Öffentlichkeit theoretisch und empirisch fundierte Empfehlungen zu geben, wie die Steuerung (Governance) und damit die Effizienz der Erbringung öffentlicher Leistungen verbessert werden können.

Das IfW im Überblick



Das Prognosezentrum analysiert und prognostiziert regelmäßig die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland und in der übrigen Welt. Es kooperiert im Rahmen der Gemeinschaftsdiagnose mit anderen führenden Wirtschaftsforschungsinstituten in Deutschland und im europäischen Rahmen mit der EUROFRAME-Gruppe und der AIECE. Die Ergebnisse werden in den Publikationsreihen des Instituts für Weltwirtschaft veröffentlicht. Eine zentrale Veranstaltung des Zentrums ist das traditionelle Kieler Konjunkturgespräch, das jeweils im Frühjahr und im Herbst stattfindet. Daneben werden verschiedene Projekte bearbeitet, wie z.B. der regelmäßige Subventionsbericht für Deutschland. Das Prognosezentrum betätigt sich darüber hinaus an der wirtschaftspolitischen Beratung, so bei der Gemeinschaftsdiagnose, der amtlichen Steuerschätzung sowie bei Stellungnahmen zu aktuellen Fragen der Wirtschaftspolitik.

Zentrum Prognosen

Das Prognosezentrum analysiert und prognostiziert regelmäßig die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland und in der übrigen Welt. Es kooperiert im Rahmen der Gemeinschaftsdiagnose mit anderen führenden Wirtschaftsforschungsinstituten in Deutschland und im europäischen Rahmen mit der EUROFRAME-Gruppe und der AIECE. Die Ergebnisse werden in den Publikationsreihen des Instituts für Weltwirtschaft veröffentlicht. Eine zentrale Veranstaltung des Zentrums ist das traditionelle Kieler Konjunkturgespräch, das jeweils im

Zentrum Wirtschaftspolitik

Das Zentrum Wirtschaftspolitik ist zuständig für die Koordinierung und Organisation aller Veranstaltungen und Beratungsaktivitäten, die das Institut öffentlich-rechtlichen und privaten Institutionen anbietet. Von besonderer Bedeutung ist dabei das neue Instrument der *Policy Clinics*, das

- eine allgemeinverständliche, sachlich präzise Vorstellung und Diskussion der problemrelevanten ökonomischen Theorie,
- eine kritische Bewertung der empirischen Literatur und eine
- Diskussion alternativer wirtschaftspolitischer Handlungsoptionen umfasst.

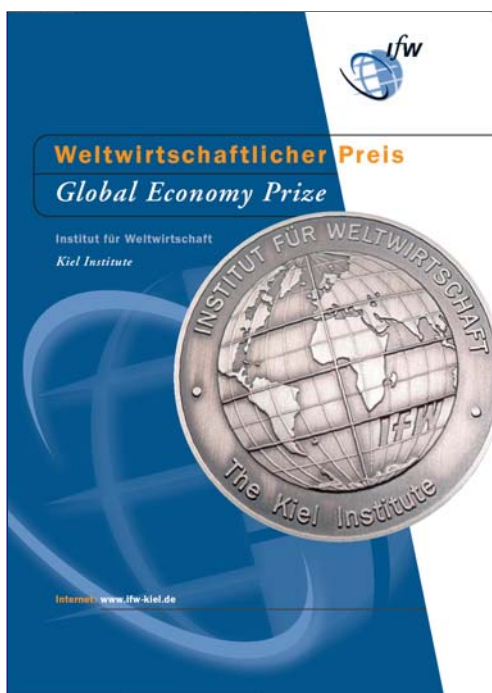


Zentrum Bildungsprogramme

Das Zentrum Bildungsprogramme ist verantwortlich für die externe und interne akademische Ausbildung (mit Ausnahme des „Advanced Studies Program in International Economic Policy Research“, das ein eigenständiges Zentrum darstellt). Es entwickelt eigene Bildungsprogramme und kooperiert mit anderen Bildungseinrichtungen – insbesondere mit der Universität Kiel.

IfW-Highlight

Verleihung des Weltwirtschaftlichen Preises 2006



Der Weltwirtschaftliche Preis soll einen Anstoß geben, die großen weltwirtschaftlichen Herausforderungen durch kreative Problemlösungen zu bewältigen. Der Strukturwandel auf den Arbeitsmärkten, die zunehmende Integration der internationalen Finanzmärkte, die Entwicklung neuer Produkte und Produktionsverfahren, die neuen Formen der vertikalen und horizontalen Integration multinationaler Unternehmen, die steigende weltweite Nachfrage nach Rohstoffen sowie das „Offshoring“ und „Outsourcing“ können entweder als Gefahr oder als Triebfeder zur Entfaltung des kreativen Potenzials offener Gesellschaften angesehen werden.

Der Weltwirtschaftliche Preis soll dazu beitragen, Globalisierung als Chance zu begreifen, kreatives Potenzial von Menschen abzurufen. Dies kann nur gelingen, wenn erkannt wird, dass Lebensstandard nur durch Marktwirtschaft gesichert werden kann. Aber nicht nur das. Auch soziale Ge-

rechtigkeit ist durch marktwirtschaftliche Impulse zu erreichen. Voraussetzung dafür ist, dass genügend Fantasie vorhanden ist, die richtigen Anreize zu schaffen

Um marktwirtschaftliche Effizienz mit sozialer Verantwortung vereinen zu können, bedarf es eines intensiven, wechselseitigen Dialogs zwischen Wirtschaftswissenschaft, Politik und Wirtschaft. Aus diesem Grund wird der Weltwirtschaftliche Preis jährlich an jeweils einen Wirtschaftswissenschaftler, einen Politiker und einen Unternehmer verliehen. Die Preisträger sind herausragende Persönlichkeiten, die einen besonderen Beitrag zu einer auf Eigenverantwortung basierenden, sozial verantwortungsvollen Gesellschaft geleistet haben.

Der Weltwirtschaftliche Preis wurde in Gegenwart des Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins, Peter Harry Carstensen, und des Bundesministers der Finanzen, Peer Steinbrück, am 18. Juni 2006 vom Institut für Weltwirtschaft, mit Unterstützung der Landeshauptstadt Kiel und der Industrie- und Handelskammer zu Kiel, verliehen. Bundesminister Peer Steinbrück hielt die Festrede.



Verleihung des Weltwirtschaftlichen Preises (v.l.n.r.):
Dr. Jorma Ollila, Prof. George Akertof, Ph.D., Peter Harry Carstensen, Angelika Volquartz, Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Kiel, Prof. Dennis J. Snower, Ph.D., Jacques Delors, Konsul Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann, Präsident der IHK zu Kiel, Peer Steinbrück.

Das Institut für Weltwirtschaft freut sich, dass es den *Weltwirtschaftlichen Preis 2006* verleihen durfte an George Akerlof, Jacques Delors und Jorma Ollila.



Professor George Akerlof, Ph.D., erhielt 2001 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften und ist durch eine bahnbrechende Analyse von Märkten mit asymmetrischer Information bekannt geworden. Er hat am Beispiel des Gebrauchtwagenmarktes gezeigt, dass Märkte, auf denen die Käufer und Verkäufer nicht über dieselben Produktinformationen verfügen, auf denen die Informationen also nicht symmetrisch verteilt sind, versagen können. Mit seiner Arbeit hat er die ökonomische Forschung maßgeblich beeinflusst.

Jacques Delors, war Präsident der Europäischen Kommission von 1985 bis 1994. In den drei Amtsperioden seiner Präsidentschaft hat er grundlegende Reformen auf den Weg gebracht und dem europäischen Integrationsprozess eine neue Dynamik verliehen. Nach der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 legte er im so genannten Delors-Plan den Grundstein für den Maastrichter Vertrag über die Wirtschafts- und Währungsunion (1992).



Dr. Jorma Ollila ist einer der erfolgreichsten Unternehmer Europas. Nachdem er im Januar 1992 Vorstandsvorsitzender von Nokia geworden war, sanierte er zunächst das stark angeschlagene Unternehmen. Aus einem national tätigen Hersteller von Gummistiefeln und anderen traditionellen Erzeugnissen schuf er dann das bedeutendste Unternehmen für Mobilkommunikation der Welt. Ollila zeichnet sein unorthodoxer und innovativer Führungsstil aus, mit dem es ihm gelang, Nokia in die Gewinnzone zu führen und gleichzeitig die damals daniederliegende finnische Wirtschaft zu beleben.

IfW-Highlight

Führende Köpfe der Weltwirtschaft

Unter dem Titel „Leading Thinkers in Global Economic Affairs“ hat das Institut für Weltwirtschaft eine neue Vortrags- und Diskussionsplattform initiiert. Das „Leading Thinkers Program“ bietet ein Forum zur Identifikation und Diskussion fundamentaler wirtschaftspolitischer Probleme der Weltwirtschaft. Im Mittelpunkt der Diskussionen sollen wirtschaftspolitische Herausforderungen – wie etwa der Globalisierungsprozess – stehen, die weltweit von einer Vielzahl von Ländern gleichzeitig zu bewältigen sind.

Das Programm soll Ökonomen an einen Tisch bringen, die außerordentliche Beiträge zur Formulierung wirtschaftspolitischer Antworten auf globale Herausforderungen geleistet haben, deren Ideen aber bislang kaum Eingang in die wirtschaftspolitische Praxis gefunden haben.

Das Programm zielt darauf ab, einen Kreis aus Wirtschaftswissenschaftlern, Politikern und Unternehmern zu bilden, der innovative wirtschaftspolitische Problemlösungen diskutiert und ihre Eignung für die wirtschaftliche Praxis analysiert. Durch diesen gemeinsamen Diskussionsprozess sollen die Komplementaritäten zwischen Wirtschaftswissen-

schaft, Politik und Wirtschaft bei der Formulierung wirtschaftspolitischer Antworten auf globale Herausforderungen genutzt werden.

Grundlegendes Ziel der Aktivitäten im Rahmen des „Leading Thinkers Program“ ist es, globale wirtschaftspolitische Herausforderungen zu analysieren und wirtschaftspolitische Antworten auf diese Herausforderungen zu formulieren, die Anreize für persönliche Initiative und Verantwortung setzen und auf diese Weise die soziale Gerechtigkeit fördern.

Den Schwerpunkt im Jahr 2006 bildete das Thema

The Economics of Innovation and Growth

Als „leading thinkers“ haben mit

Prof. William Baumol, Ph.D., New York University, und
Prof. Philippe Aghion, Ph.D., Harvard University,

zwei der originellsten Köpfe der weltwirtschaftlichen Forschung ihre Ideen in Festvorlesungen am 10. Mai präsentiert.

Prof. William Baumol ist Harold Price Professor of Entrepreneurship und Akademischer Direktor des Berkley Center for Entrepreneurial Studies in der Stern School of Business an der New York University; er ist Senior Economist und Professor Emeritus an der Princeton University. Er war Präsident der American Economic Association, der Association of Environmental and Resource Economists, der Eastern Economic Association, und der Atlantic Economic Society. Zu seinen zahlreichen Ehrungen und Preisen gehören elf Ehrendokortitel, die Mitgliedschaft in der U.S. National Academy of Sciences, der American Philosophical Society, der Accademia Nazionale Dei Lincei (Italy) und der British Academy. Bei der diesjährigen Jahrestagung der American Economic Association wurden drei Seminare über Entrepreneurship, Innovation und Wachstum zu Ehren von Baumol veranstaltet. Bei dieser Tagung wurde Baumol mit dem Office of Advocacy Special Small Business Research Award ausgezeichnet.



Prof. Philippe Aghion ist Robert C. Waggoner Professor der Volkswirtschaftslehre an der Harvard University, Programmdirektor für Industrieökonomik beim CEPR, Fellow des NBER und IFS. Er ist einer der produktivsten und einflussreichsten Ökonomen seiner Generation. Aghion widmet seine größte Aufmerksamkeit dem Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Wirtschaftspolitik. Aufgrund der Fokussierung auf Innovationen als Motor des Wirtschaftswachstums, ermöglicht dieser Denkansatz ein besseres Verständnis, wie sich die Organisationen, die Wettbewerbspolitik, das Bildungswesen, die Ersparnisse, die Finanzmärkte und die Wirtschaftspolitik auf das Wachstum auswirken bzw. vom Wachstum beeinflusst werden, einschließlich ihrer Wirkung auf die Anreize für lokale Unternehmen, führende Technologien entweder hervorzubringen oder nachzuahmen. Bei dem Versuch, Wachstum und Organisation zu verbinden, hat Aghion auch Beiträge zur Vertragstheorie und Corporate Governance geleistet. Der Schwerpunkt seiner Arbeit liegt in der Frage der Aufteilung von Machtbefugnissen und Verfügungsrechten innerhalb einer Firma oder zwischen Unternehmern und Investoren. Seit 1990 arbeitet Aghion neben seiner wissenschaftlichen Forschungsarbeit mit der European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) zusammen. Er ist Herausgeber der Zeitschrift „The Economics of Transition“, die er 1992 gegründet hat.



IfW-Highlight

Bernhard-Harms-Preisverleihung 2006

Im Rahmen einer akademischen Feierstunde hat IfW-Präsident Prof. Dennis J. Snower, am 15. September den Bernhard-Harms-Preis 2006 an

Prof. Robert C. Feenstra, Ph.D.
verliehen.

Der mit 25 000 Euro dotierte Bernhard-Harms-Preis wird vom Institut für Weltwirtschaft alle zwei Jahre an eine Persönlichkeit verliehen, die sich durch hervorragende Leistungen auf dem Gebiet weltwirtschaftlichen Forschung ausgezeichnet hat oder die durch ihre Tätigkeit in der Wirtschaftspraxis einen herausragenden Beitrag zur Förderung weltwirtschaftlicher Beziehungen geleistet hat.

Feenstra zählt zu den weltweit renommiertesten Ökonomen auf dem Gebiet des internationalen Handels. Er ist seit 1986 Professor an der University of California in Davis und leitet dort das Center for International Data. 1981 promovierte Feenstra bei Jagdish Bhagwati am Massachusetts Institute of Technology in Boston. Seit 1992 ist er Programmdirektor für International Trade and Investment am renommierten National Bureau of Economic Research (NBER). Professor Feenstra ist Mitherausgeber der wissenschaftlich hochrangigen Fachzeitschriften *American Economic Review* und *Journal of International Economics*.

Feenstras zahlreiche Veröffentlichungen sind in führenden ökonomischen Fachzeitschriften erschienen, wie dem *American Economic Review*, dem *Journal of International Economics*, dem *Journal of Political Economy*, dem *Quarterly Journal of Economics*, dem *International Economic Review*, dem *Review of Economic Studies*, dem *Review of Economics and Statistics*, dem *Journal of Monetary Economics* und dem *Journal of Economic Perspectives*.

In seiner Laudatio hob Snower vor allem die breite Spannweite der Forschungsarbeiten des Preisträgers hervor: „Robert Feenstra hat auf vielfältige Weise zum Fortschritt auf dem Gebiet des internationalen Handels beigetragen: Er schrieb wichtige theoretische



Beiträge, er entwickelte neue empirische Methoden, er schuf eine exzellente Datenbasis für Forschungen im Handelsbereich, er veröffentlichte wichtige empirische Studien mit einer hohen Politikrelevanz, er setzte neue Standards für die Lehre auf dem Gebiet des internationalen Handels und er unterstützte andere Forscher durch die Organisation von erstklassigen Netzwerken. Es ist mir daher eine große Ehre und Freude, den Bernhard-Harms-Preis an Robert Feenstra überreichen zu dürfen.“

IfW-Highlight

Gerecht, effizient, wettbewerbsfähig: Ein Steuerkonzept für Deutschland

Ein Diskussionsforum von IfW und PwC

Am 27. März 2006 diskutierten auf einer gemeinsamen Veranstaltung des Instituts für Weltwirtschaft und PricewaterhouseCoopers Prof. Dr. Norbert Herzig, Leiter der Arbeitsgruppe Unternehmensbesteuerung in der Kommission „Steuergesetzbuch“ der Stiftung Marktwirtschaft, Prof. Dr. Jürgen Lüdicke, Partner bei PricewaterhouseCoopers (Hamburg), Dr. Wolfgang Peiner, Finanzsenator der Freien und Hansestadt Hamburg, Finanzminister Rainer Wiegard, Finanzministerium Schleswig-Holstein, Prof. Dr. Wolfgang Wiegard, Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Prof. Dennis J. Snower, Präsident des Instituts



Prof. Dr. Norbert Herzig, Stiftung Marktwirtschaft



Hamburgs Finanzsenator,
Dr. Wolfgang Peiner

für Weltwirtschaft, und Dr. Alfred Boss, Koordinator Makroökonomische Aktivitäten und Finanzmärkte am Institut für Weltwirtschaft, mit über 250 Gästen aus Wirtschaft, Verbänden und Ministerien über die künftige Ausgestaltung des Steuersystems in Deutschland.

Im Mittelpunkt des Diskussionsforums standen die alternativen Steuerkonzepte des Sachverständigenrates und der Stiftung Marktwirtschaft, die von Professor Wiegard und Professor Herzig skizziert wurden. Beide Reformkonzepte streben das Ziel an, einen international wettbewerbsfähigen Steuersatz für Unternehmen von etwa 25 Prozent (einschließlich Gewerbesteuer) zu realisieren. Neben diesem niedrigen Pauschalsteuersatz für Unternehmenseinkünfte bzw. Kapitalerträge halten beide Konzepte an einer progressiven Besteuerung von anderen Einkünften, insbesondere von Arbeitseinkommen, fest.

Die Unterschiede beider Konzepte liegen in den steuertechnischen Instrumenten, mit denen die angestrebte niedrige Pauschalbelastung von Unternehmen erzielt werden soll. Der Sachverständigenrat zielt auf den Produktionsfaktor Kapital ab und will Investitionen im Inland begünstigen. Kapitaleinkommen sollen, soweit sie eine Normalverzinsung nicht überschreiten, mit einem niedrigen proportionalen Steuersatz von 25 Prozent belastet, alle anderen Einkommen der progressiven Einkommenssteuer unterworfen werden. Steuertechnisch bedeutet dies, dass Gewinnanteile, die einer kalkulatorischen Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals entsprechen, mit einem niedrigen proportionalen Steuersatz von 25 Prozent, alle anderen Gewinnanteile mit dem progressiven Satz der Einkommenssteuer belastet werden. Durch die Aufspaltung des Einkommens in Kapital- und Arbeits-



Schleswig-Holsteins Finanzminister,
Rainer Wiegard

einkommen entsteht eine duale Einkommenssteuer. Das Ziel der Finanzierungsneutralität durch eine einheitliche Besteuerung der Kapitalerträge steht im Zentrum des Konzepts.



Prof. Dr. Wolfgang Wiegard
Mitglied des Sachverständigenrats

Der besondere Vorteil dieses Konzepts sei es, so Wiegard, dass es die Abwanderung von Kapital ins Ausland begrenzt und die Attraktivität des Standorts Deutschland für ausländisches Kapital erhöht. Denn der Faktor Kapital sei international weitaus mobiler als der Faktor Arbeit und könne daher der nationalen Besteuerung leichter ausweichen.

Die Stiftung Marktwirtschaft will dagegen die einbehaltenen Gewinne aller Unternehmen unabhängig von der Rechtsform mit einem einheitlichen Steuersatz von 25 bis 30 Prozent belasten. Eine Unterscheidung zwischen Kapital- und Arbeitseinkommen in Kapitalgesellschaften gibt es nicht. Ausschüttungen und Entnahmen werden einkommenssteuerlich nachbelastet, so dass hier die Belastung maximal dem Einkommenssteuerspitzensatz entspricht. Personengesellschaften sollen wie Kapitalgesellschaften mit

dem Pauschalsteuersatz belastet werden und daher zukünftig grundsätzlich nicht mehr der progressiven Einkommensbesteuerung unterliegen. Allerdings können Entnahmen bis zu 120 000 Euro pro Jahr und Person vom Gewinn abgezogen und der Einkommenssteuer unterworfen werden. Auf diese Weise sollen steuerliche Nachteile für kleinere Unternehmen vermieden werden. Das Ziel der Rechtsformneutralität durch eine einheitliche Unternehmenssteuer steht im Zentrum des Konzepts. Die Stiftung Marktwirtschaft schlägt darüber hinaus eine Neuordnung der Kommunal Finanzen vor, die unter anderem einen kommunalen Zuschlag zur Unternehmenssteuer und eine kommunale Einkommenssteuer mit Steuersatzautonomie beinhaltet.

In der anschließenden Diskussion wurden die Stärken und Schwächen der Konzepte teils kontrovers diskutiert. Beiden Konzepten wurde vorgehalten, dass sie kaum Aussagen über die Finanzierung der resultierenden Steuerausfälle in Höhe von etwa 16 bis 22 Milliarden Euro machen. Doktor Boss, Steuer- und Haushaltsexperte des Instituts für Weltwirtschaft, plädierte für eine Finanzierung durch einen Abbau staatlicher Subventionen. „Selbst kurzfristig lässt sich ein entsprechendes Einsparvolumen durch eine Kürzung der Steuervergünstigungen und Finanzhilfen nach der Rasenmähermethode erzielen“, betonte Boss.



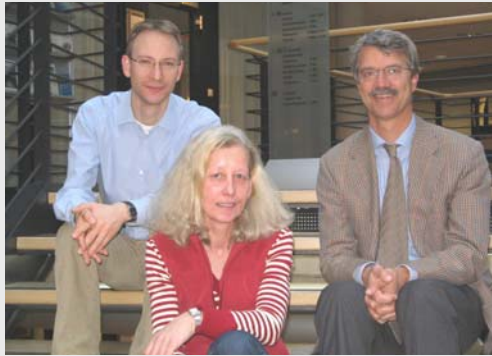
Professor Snower, Präsident des Instituts für Weltwirtschaft, wies auf die Gefahr hin, dass das Konzept des Sachverständigenrates einer Abwanderung von hoch profitablen Unternehmensteilen ins

Von links: Dr. Alfred Boss, Prof. Norbert Herzig, Rainer Wiegard, Prof. Dennis J. Snower, Ph.D., Prof. Wolfgang Wiegard, Prof. Jürgen Lüdicke

Ausland Vorschub leisten könnte. „Im schlechtesten Fall bleiben nur die Unternehmensteile in Deutschland, die lediglich Gewinne in Höhe der Normalverzinsung abwerfen“, so Snower.

Insgesamt bildete sich der Tenor heraus, dass die Zielrichtung der Konzepte des Sachverständigenrates und der Stiftung Marktwirtschaft, die Attraktivität des Standorts Deutschland zu erhöhen, gute Ansatzpunkte für eine Reform der Unternehmensbesteuerung in Deutschland bietet, aber die Lösung diverser steuertechnischer Detailprobleme in beiden Konzepten noch aussteht. „Es ist zu hoffen, dass der über die vorliegenden Konzepte bereits jetzt ausgebrochene politische Streit die notwendigen Reformen am Ende nicht verhindert“, lautete das Fazit von Professor Lüdicke, das auf breite Zustimmung stieß.

Das IfW im Überblick



Zentrum Advanced Studies in International Economic Policy Research

Das Aufbaustudium Advanced Studies in International Economic Policy Research richtet sich an junge Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler mit abgeschlossenem Hochschulstudium sowie an Ökonominen und Ökonomen mit mehrjähriger Berufserfahrung, die eine Karriere in internationalen Organisationen, in der wirtschaftspolitischen Praxis oder in akademischen Institutionen anstreben. International renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterrichten ihr Fachgebiet in zumeist zweiwöchigen Intensivkursen, die durch Seminare zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen ergänzt werden.

Zentrum Fundraising

Ziel des Fundraising-Zentrums ist es, das Institut für Weltwirtschaft bei der Verwirklichung seiner Ziele mit der Einwerbung von gebundenen und ungebundenen Drittmitteln zu unterstützen. Primäre Zielgruppe des Zentrums ist die Wirtschaft, zu der intensive Kontakte gepflegt werden. Aus deren Mitte wirbt das Fundraising-Zentrum Förderer, die Mitglied der



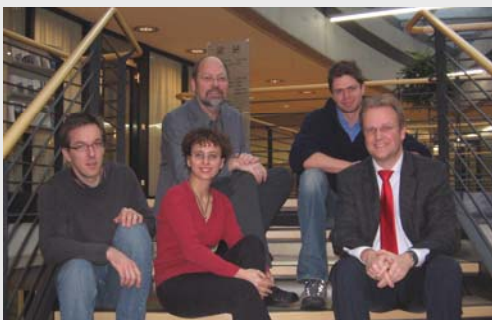
Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Weltwirtschaft

werden können. Darüber hinaus bietet das Zentrum Dienstleistungen (z.B. Veranstaltungen) für Förderer an und versorgt sie mit einem Newsletter, einer dynamischen Homepage und weiteren Informationsquellen. Zudem befasst sich das Fundraising-Zentrum mit der Gründung einer GmbH.



Zentrum Fördermittel

Das Zentrum Fördermittel erleichtert den Forscherinnen und Forschern am Institut den Zugang zu Drittmitteln. Es unterhält eine Datenbank mit Informationen über mögliche Geldquellen, berät Forscherinnen und Forscher im Hinblick auf mögliche Finanzierungen und unterstützt sie bei der Vorbereitung von Förderungsanträgen sowie dem Management der Projekte. Im Rahmen der Finanzierungsstrategie des Instituts liegt eine Aufgabe des Zentrums auch darin, den Zugang zu neuen Finanzierungsquellen zu erschließen.



Das IfW im Überblick



Zentrum Printmedien

Das Zentrum Printmedien befasst sich schwerpunktmäßig mit der Herausgabe und der redaktionellen Bearbeitung verschiedener Institutspublikationen; dazu zählen insbesondere

- die international renommierte Fachzeitschrift „Review of World Economics/Weltwirtschaftliches Archiv“,
- Konferenzbände und Monographien (in der Reihe Kieler Studien/Kiel Studies) sowie
- die auf wirtschaftspolitische Fragestellungen ausgerichteten Kieler Diskussionsbeiträge und Kiel Economic Policy Papers.



Zentrum Public Relations

Das Public-Relations-Zentrum transportiert die Forschungsergebnisse des Instituts für Weltwirtschaft in die Medien und die breite Öffentlichkeit. Es ist der zentrale Ansprechpartner für externe Anfragen zu den Forschungs- und Veranstaltungsaktivitäten des Instituts. Darüber hinaus entwickelt und liefert es medien- und öffentlichkeitswirksame Produkte und Informationen.

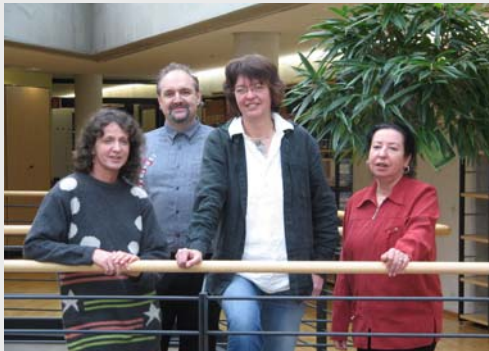


Zentrum E-Journal-Projekt

Das Zentrum ist zuständig für den Aufbau und die Betreuung einer elektronischen Zeitschrift für Wirtschaftswissenschaften, die sich wesentlich von bestehenden nationalen und internationalen Zeitschriften ihres Fachbereichs unterscheidet. Sie basiert auf

- einem freien und kostenlosen Zugang,
- einer schnellen Veröffentlichung und
- einer marktgesteuerten Evaluierung.

Das IfW im Überblick



Zentrum IT-Dienste

Das Zentrum IT-Dienste betreut die Internet- und Intranetseiten des Instituts und unterstützt die Forscherinnen und Forscher des Instituts bei der Virtualisierung von Forschungsk Kooperationen mit Universitäten, Wirtschaftsforschungsinstituten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen.

Zentrum IT-Strukturen

Das Zentrum IT-Strukturen betreut die gesamte IT-Infrastruktur des Instituts. Das Zentrum berät und betreut die Forschungsbereiche, das Advanced Studies Program sowie Gastforscherinnen und -forscher bei der Nutzung von mathematischen und ökonomischen Programmen sowie in der Anwendung von statistischen Datenbanken. Insbesondere ist es verantwortlich für die Erstellung und Pflege der Dokumentation der eingesetzten Software, Hardware sowie der Arbeitsprozesse.



Arbeitsgruppe Web&Net

Die Arbeitsgruppe Web&Net unterstützt die Außen-darstellung des Instituts und die Netzwerkaktivitäten der Forscherinnen und Forscher des IfW durch die Bereitstellung und Anpassung moderner Webtechnologien, die Nutzern einen Zugang zu Forschungsergebnissen und teilweise auch zu Forschungsprozessen erlauben. Die Arbeitsgruppe wird dabei von den Zentren für IT-Dienste und IT-Strukturen sowie anderen Organisationseinheiten des IfW unterstützt.

Das IfW im Überblick



Zentrum Forschungsveranstaltungen

Dieses Zentrum organisiert und unterstützt die Forschungsveranstaltungen des Instituts. Neben der Organisation von Seminarreihen, Konferenzen, Symposien, Workshops und Podiumsdiskussionen unterstützt das Zentrum auch die Preisverleihungszeremonien des Instituts.

Zentrum Alumni

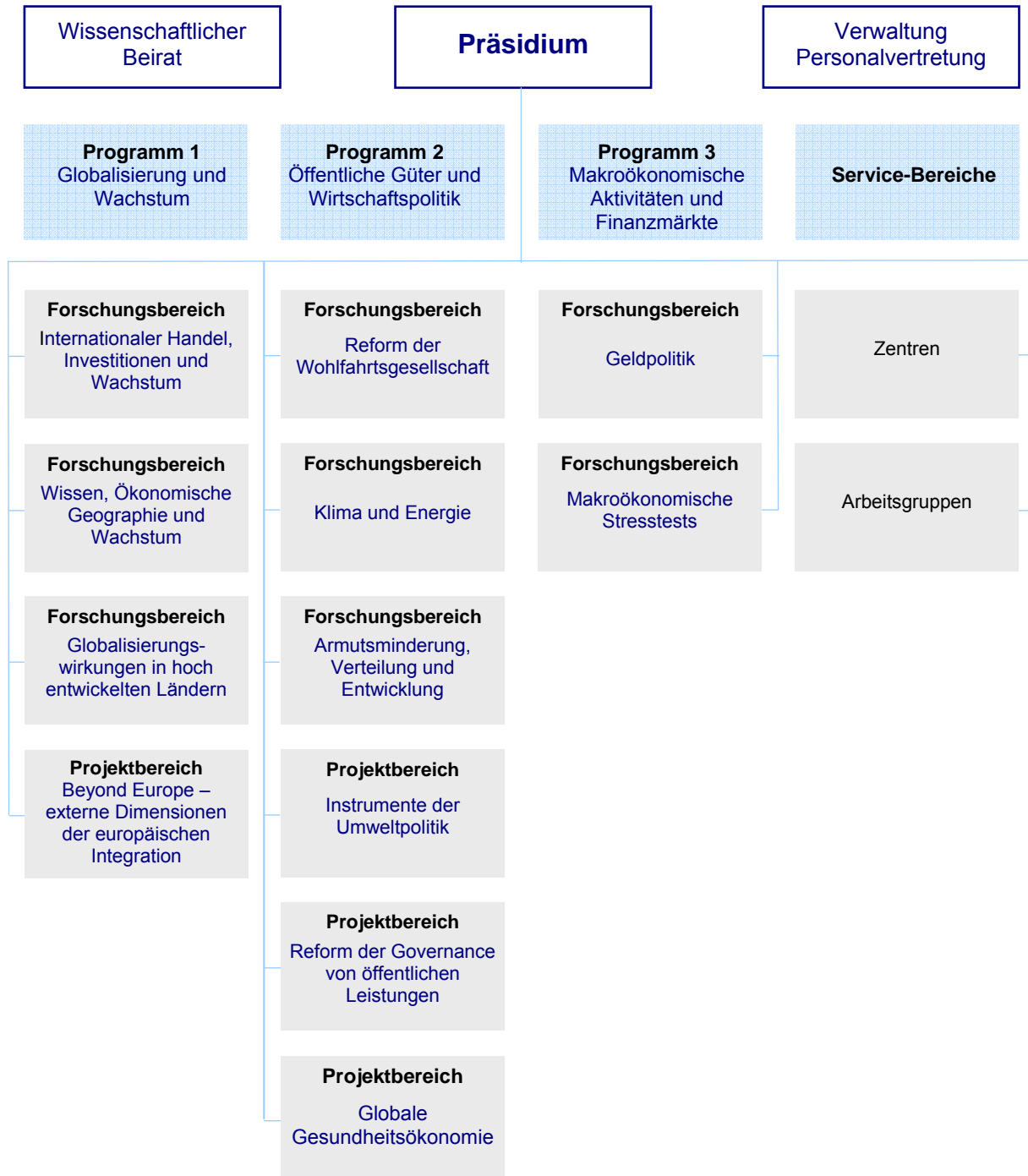
Ziel des Alumni-Zentrums ist der Aufbau und die Pflege eines Alumni-Netzwerkes, das die Arbeiten des Instituts unterstützen soll. Um ein enges Band zwischen den Alumni und dem IfW zu knüpfen, organisiert das Alumni-Zentrum Jahrestreffen und lokale Veranstaltungen und erstellt und pflegt einen Newsletter und eine Website für die Alumni.



Arbeitsgruppe Kiel Portal

Die Arbeitsgruppe ist zuständig für den Aufbau einer frei zugänglichen Internetseite, die Wirtschaftsforscherinnen und -forschern einen kostenlosen, möglichst nutzerfreundlichen und umfassenden Zugang zu relevanten Informationen im Internet bietet. In enger Zusammenarbeit mit der Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften (ZBW), der größten wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Bibliothek der Welt, soll eine Suche nach Literatur, wirtschaftswissenschaftlichen Homepages, Veranstaltungen, Daten, Call for Papers und Stellenausschreibungen angeboten werden.

Organisationsstruktur des Instituts für Weltwirtschaft



IfW-Highlights 2006

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW)
Düsternbrooker Weg 120, D-24105 Kiel
Telefon+49 (431) 8814-1 • Telefax+49 (431) 8814-500

REDAKTIONSTEAM

Ilse Büxenstein-Gaspar, M.A.; Kirsten Lade; Silke Matthiesen-Goss; Dr. Jürgen Stehn (v.i.S.d.P.)

FOTOS

Lisa Eckeberg; Marion Glowatzka; Photo Bal, Kiel

KONZEPTION

Kirsten Lade; Silke Matthiesen-Goss; Dr. Jürgen Stehn

UMSCHLAGDESIGN

Schmidt und Weber Konzept-Design, Kiel